

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Dieter Fuchs/Edeltraud Roller/Bernhard Weßels

Die Akzeptanz der Demokratie des vereinigten Deutschland

Oder: Wann ist ein Unterschied ein Unterschied?

Dieter Walz/Wolfram Brunner

Das Sein bestimmt das Bewußtsein

Oder: Warum sich die Ostdeutschen als Bürger 2. Klasse fühlen.

Hildegard Maria Nickel

Der Transformationsprozeß in Ost- und Westdeutschland und seine Folgen für das Geschlechterverhältnis

Klaus Semlinger

Mittelständische Kleinbetriebe in Ostdeutschland: Hoffnungsträger oder Lückenbüßer des Transformationsprozesses?

B 51/97

12. Dezember 1997

Dieter Fuchs, Dr. phil., Privatdozent; wissenschaftlicher Angestellter am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg. zus. mit Hans-Dieter Klingemann), *Citizens and the State*, Oxford 1995; *Wohin geht der Wandel der demokratischen Institutionen in Deutschland? Die Entwicklung der Demokratievorstellungen der Deutschen seit ihrer Vereinigung*, in: Gerhard Göhler (Hrsg.), *Institutionenwandel, Sonderheft des Leviathan*, Opladen 1997.

Edeltraud Roller, Dr. phil.; wissenschaftliche Angestellte am WZB.

Veröffentlichungen u. a.: *Einstellungen der Bürger zum Wohlfahrtsstaat der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen 1992; *Sozialpolitische Orientierungen nach der deutschen Vereinigung*, in: Oscar W. Gabriel (Hrsg.), *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*, Opladen 1997.

Bernhard Weßels, Dr. phil., geb. 1955; wissenschaftlicher Angestellter am WZB.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg. zus. mit Ulrich von Alemann) *Verbände in vergleichender Perspektive*, Berlin 1997; *Einstellungen zu den Institutionen der Interessenvermittlung*, in: Oscar W. Gabriel (Hrsg.), *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*, Opladen 1997.

Dieter Walz, Dr. rer. pol., geb. 1964; Studium der Politikwissenschaft in Bamberg und an der University of the South, Sewanee (USA); Political Consultant und Studienleiter im Bereich Politik- und Sozialforschung beim EMNID-Institut, Bielefeld.

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit Gert Pickel) *Politikverdrossenheit in Ost- und Westdeutschland: Dimensionen und Ausprägungen*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, (1997) 1; *Einstellungen zu den politischen Institutionen*, in: Oscar W. Gabriel (Hrsg.), *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*, Opladen 1997.

Wolfram Brunner, M. A., geb. 1968; Studium der Politik- und Kommunikationswissenschaften in Göttingen und an der University of California, Riverside; Political Consultant und Studienleiter im Bereich Politik- und Sozialforschung beim EMNID-Institut, Bielefeld.

Veröffentlichungen u. a.: *Parteienstrategien und Wählerreaktionen. Auf der Suche nach Bundestagswahlkampfeffekten 1972–1994*, München 1998 (i. E.).

Hildegard Maria Nickel, Dr. phil., geb. 1948; 1990–1993 Dekanin des Fachbereichs Sozialwissenschaften an Humboldt-Universität zu Berlin (HUB); seit 1992 Professorin für das Lehrgebiet Soziologie von Familie, Jugend und Geschlechterverhältnissen; wissenschaftliche Leiterin des Zentrums für interdisziplinäre Frauenforschung an der HUB; Helge-Pross-Preisträgerin 1994.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg. zus. mit Burghard Lutz, Rudi Schmidt und Arndt Sorge) *Arbeit, Arbeitsmarkt und Betriebe*, Opladen 1996; (zus. mit Hasko Hüning) *Großbetrieblicher Dienstleistungssektor in den neuen Bundesländern*, Opladen 1997.

Klaus Semlinger, Dr. rer. oec., geb. 1953; Professor für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin (FHTW); Arbeitsschwerpunkte: Kleinbetriebs- und Kooperationsforschung, Arbeitsmarkt- und Regionalpolitik.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn. Internet: <http://www.bpb.de>

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Die Akzeptanz der Demokratie des vereinigten Deutschland

Oder: Wann ist ein Unterschied ein Unterschied?

I. Fragestellung

Wie alle modernen Demokratien wird auch die Demokratie des vereinigten Deutschland in den neunziger Jahren mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Neben den Auswirkungen einer globalisierten Ökonomie, die seit dem Beginn der neunziger Jahre immer deutlicher wurden, sind es die Konsequenzen aus dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme in Mittel- und Osteuropa. Durch letzteres entfiel die legitimierende Wirkung, die diese Alternative in der Systemkonkurrenz immer gehabt hatte. Diese beiden Faktoren dürften die Legitimationsbedingungen der liberalen Demokratien seit dem Beginn der neunziger Jahre schwieriger gemacht haben.

Diese Problemkonstellation wird in Deutschland noch durch die Folgeprobleme der deutschen Vereinigung verschärft. Nach der abgeschlossenen formellen Einigung innerhalb des institutionellen Rahmens der alten Bundesrepublik müssen die Bürger der alten und der neuen Länder zu einer integrierten politischen Gemeinschaft zusammenwachsen. Das ist angesichts der ökonomischen, politischen und sozialen Kosten der Vereinigung kein reibungsloser Prozeß. Wenn also die Annahme von den Herausforderungen der liberalen Demokratien zutreffen sollte, dann müßten sie sich vor allem im vereinigten Deutschland zeigen. Unter anderem aus diesem Grunde wird die Frage nach der „inneren Einheit“ immer wieder gestellt und auch kontrovers diskutiert¹.

In dieser Zeitschrift wurde kürzlich eine Bestandsaufnahme versucht, die zu dem Ergebnis gekommen ist, daß man diese Diskussion nunmehr abbrechen könne, da die „innere Einheit“ schon existiere².

1 Vgl. Max Kaase, Innere Einheit, in: Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), Handbuch zur deutschen Einheit, Frankfurt am Main 1996, S. 385–396.

2 Vgl. Hans-Joachim Veen, Innere Einheit – aber wo liegt sie? Eine Bestandsaufnahme im siebten Jahr nach der Wiedervereinigung Deutschlands, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40–41/97, S. 19–28.

Behauptet wurde, daß der notwendige Grundkonsens über die Demokratie des vereinigten Deutschland bereits bestehe und daß die bislang ermittelten Einstellungsdifferenzen eher peripher seien und in den Bereich der Alltagspolitik fielen³. An dieser Bestandsaufnahme können aber begründete Zweifel angemeldet werden. Die kontroverse – und hier vertretene – These behauptet hingegen, daß es hinsichtlich der Einstellung zur Demokratie des vereinigten Deutschland auch Differenzen gibt, die nicht nur der alltäglichen politischen Auseinandersetzung zuzuordnen sind, sondern grundsätzlichere Differenzen ausdrücken. Die entscheidende Frage ist also, wann ein Unterschied ein Unterschied ist, d. h. als Unterschied nennenswert und in seiner Bedeutung folgenreich ist.

Im folgenden werden für drei zentrale politische Objektbereiche die Einstellungen der Bürger der alten und der neuen Länder untersucht. Zuerst werden Befunde für die Einstellung zur Demokratie im vereinigten Deutschland auf unterschiedlichen Ebenen präsentiert. Daran schließen sich die Analysen von Einstellungen zum Sozialstaat und zu den Institutionen der Interessenvermittlung (Interessengruppen, politische Parteien) an, die zur Erklärung der gefundenen Unterschiede beitragen können. Die empirischen Analysen basieren auf verschiedenen repräsentativen Bevölkerungsumfragen, die zwischen 1990 und 1996 in den alten und neuen Bundesländern durchgeführt worden sind.

II. Demokratie

Eine Demokratie in einem Land ist in dem Maße stabil, in dem sie von ihren Bürgern auch akzeptiert wird. Diese weithin geteilte Auffassung der Politischen Kulturforschung ist theoretisch gut begründet⁴. Allerdings ist genauer zu bestimmen,

3 Vgl. ebd., S. 28.

4 Vgl. Gabriel A. Almond/Sidney Verba, *The Civil Culture*, Princeton 1963; David Easton, *A Systems Analysis of Political Life*, New York u. a. 1965; Seymour Martin Lipset, *Political Man*, Baltimore 1981 (erweiterte Auflage).

welche Einstellung zur Demokratie für deren Stabilität relevant ist. Auf einer theoretischen Grundlage können drei Ebenen der Einstellung zur Demokratie unterschieden und nach ihrem Allgemeingrad geordnet werden: Die allgemeinste Ebene bezieht sich auf die grundsätzliche Einstellung zur Demokratie und den mit ihr verbundenen Wertepreferenzen; die mittlere Ebene bezieht sich auf die Bewertung der durch die Verfassungsnormen festgelegten konkreten Ausformung der demokratischen Regierungsform eines bestimmten Landes; die unterste Ebene bezieht sich auf die Beurteilung des konkreten Funktionierens dieser Demokratie⁵.

Die für die Stabilität einer Demokratie relativ wichtigste Einstellung ist die zu ihrer Regierungsform, die qua Verfassung festgelegt ist. Wenn die Bürger diese nicht akzeptieren, dann entwickeln sie eine Bereitschaft zu Verfassungsänderungen und damit zu einer Umgestaltung der demokratischen Regierungsform eines Landes. Diese Einstellung wird durch die beiden anderen Einstellungen beeinflusst: Wenn man die Demokratie grundsätzlich nicht akzeptiert oder wenn man eine andere demokratische Regierungsform als die des eigenen Landes bevorzugt, dann ist eine skeptische Einstellung zu der im eigenen Land existierenden Demokratie zu erwarten. Und wenn die Bürger dauerhaft gravierende Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie äußern, dann ist ein Umschlagen dieser Unzufriedenheit auf die Einstellung zur konkreten demokratischen Regierungsform des Landes langfristig kaum vermeidbar.

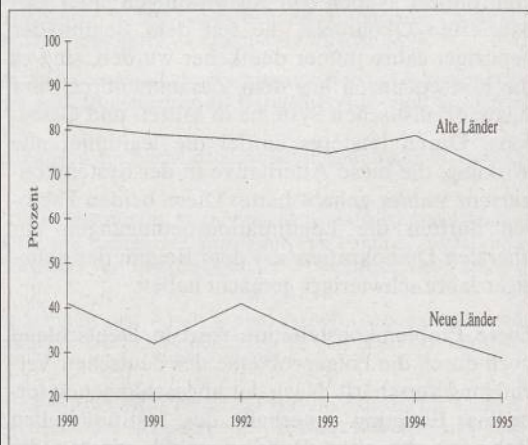
Für diese drei Ebenen oder Objekte der Einstellung zur Demokratie werden im folgenden empirische Befunde zusammengetragen. Für die oberste Ebene kann eine Umfrage herangezogen werden, die ein Jahr nach der deutschen Vereinigung durchgeführt wurde. Danach hielten 86 Prozent der Bürger in den alten und 70 Prozent in den neuen Ländern „die Demokratie grundsätzlich für die beste Staatsform“⁶. Das ist eine Differenz von 16 Prozentpunkten, und hier stellt sich bereits die Frage nach der Bedeutsamkeit dieser Differenz. Dafür gibt es zunächst einmal ein statistisches

5 Vgl. Dieter Fuchs, Welche Demokratie wollen die Deutschen? in: Oscar W. Gabriel (Hrsg.), Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen 1997, S. 81–113; ders., Wohin geht der Wandel der demokratischen Institutionen in Deutschland?, in: Gerhard Göhler (Hrsg.), Institutionenwandel, Sonderheft des Leviathan, Opladen 1997, S. 253–284.

6 D. Fuchs, Wohin geht der Wandel? (Anm. 5), S. 276; Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach.

Kriterium, das auf Wahrscheinlichkeitskalkülen beruht. Danach ist diese Differenz *nicht* zufällig, sondern in einem statistischen Sinne signifikant. Dennoch soll hier nicht die Differenz herausgestrichen, sondern festgehalten werden, daß die überwiegende *Mehrheit* der Bürger der alten und der neuen Länder die Demokratie als Staatsform grundsätzlich befürwortet. Mit diesem empirischen Tatbestand ist aber die Frage noch nicht geklärt, ob es denn die Demokratie der Bundesrepublik ist, die die Bürger bei ihrer Befürwortung der Demokratie im Auge haben. Auf diese Frage können die Zeitreihen des Schaubildes 1 eine Antwort geben.

Schaubild 1: Zufriedenheit mit der demokratischen Regierungsform des vereinigten Deutschland, 1990–1995*.



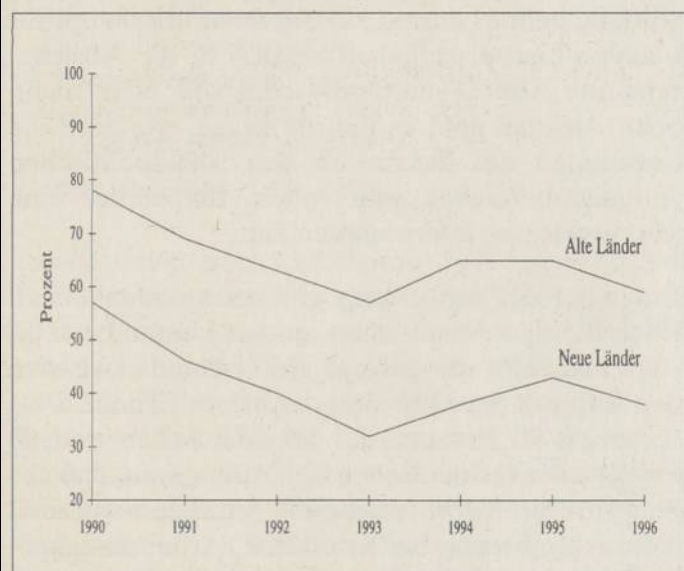
* Frage: „Glauben Sie, die Demokratie, die wir in der Bundesrepublik haben, ist die beste Staatsform, oder gibt es eine andere Staatsform, die besser ist?“ Hier: „Die Demokratie, die wir in der Bundesrepublik haben, ist die beste Staatsform.“

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach.

Wie unmittelbar ersichtlich ist, gibt es einen eklatanten Unterschied zwischen den alten und den neuen Ländern. Die ganz überwiegende Mehrheit der Bürger der alten Länder betrachtet die Regierungsform der Bundesrepublik als die relativ beste, während nur eine Minderheit der Bürger der neuen Länder diese Einschätzung teilt. Die Differenz beträgt über den gesamten Zeitraum von 1990 bis 1995 etwa 40 Prozentpunkte. Es gibt zwar andere Indikatoren, bei denen dieser Unterschied zwischen den beiden Teilen Deutschlands nicht ganz so ausgeprägt ist, das Muster ist aber in allen Fällen das gleiche. Zudem scheint uns die hier herangezogene Frage die relativ beste Messung der Einstellung zur demokratischen Regierungsform eines Landes zu sein.

Die unterste Ebene der Einstellung zur Demokratie bezieht sich auf das Funktionieren der demokratischen Ordnung eines Landes, also auf die demokratische Wirklichkeit. Die Zeitreihen im Schaubild 2 basieren auf einer Frage nach der Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland. Damit wird die Einstellung zur demokratischen Wirklichkeit zumindest annäherungsweise erfaßt⁷.

Schaubild 2: Zufriedenheit mit der Wirklichkeit der Demokratie im vereinigten Deutschland, 1990–1996*



* Frage: „Was würden Sie allgemein zur Demokratie in Deutschland sagen? Sind Sie damit eher zufrieden oder eher unzufrieden?“ Hier: „eher zufrieden“.

Datenbasis: Politbarometer 1990–1996.

Auch in diesem Falle gibt es über den gesamten Zeitraum von 1990 bis 1996 hinweg eine deutliche Differenz zwischen den alten und den neuen Ländern. Da diese Frage sich auf einen konkreteren Gegenstand als den nach der Demokratie als Ordnungsform richtet (vgl. Schaubild 1), ist das Zustimmungsniveau in beiden Gruppen auch etwas niedriger und die Variabilität der Einstellung stärker. Bemerkenswert ist die nahezu parallele Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands.

Die empirischen Befunde sind völlig eindeutig und weisen konsistent in dieselbe Richtung. Auf allen drei theoretisch unterschiedenen Ebenen der Einstellung zur Demokratie gibt es im inhaltlichen wie im statistischen Sinne signifikante Unter-

⁷ Eine direktere Messung wäre die in den Eurobarometerumfragen verwendete Frage gewesen, die unmittelbar nach dem Funktionieren der Demokratie des eigenen Landes fragt. Für diesen Indikator stehen aber weniger Zeitpunkte zur Verfügung, und zudem ist das Muster dem in Schaubild 2 dargestellten ähnlich; vgl. D. Fuchs, *Wohin geht der Wandel?* (Anm. 5), S. 280.

schiede zwischen den Bürgern der alten und der neuen Länder. Dieser Unterschied ist bei der Beurteilung der Regierungsform der Bundesrepublik am größten, also genau bei der Einstellung, die theoretisch als die wichtigste für die Stabilität der Demokratie des vereinigten Deutschland angesehen werden kann. Angesichts dieser Befunde scheint es nicht angemessen zu sein, Unterschiede zwischen den alten und den neuen Ländern in den Bereich der normalen Alltagspolitik abzuschieben und somit in ihrer Bedeutung zu trivialisieren oder gar zu bestreiten⁸.

Wenn man die Unterschiede zwischen den alten und den neuen Ländern als einen empirischen Tatbestand nehmen kann und wenn man davon ausgeht, daß diese Unterschiede auch politisch relevant sein können, dann stellt sich die Frage, wie diese zustande gekommen sind. In der Literatur werden vor allem zwei Erklärungsstränge angeboten: Zum einen werden die Unterschiede auf unterschiedliche sozialisatorische Erfahrungen in den verschiedenen Gesellschaftsordnungen zurückgeführt, und zum anderen werden situationsbedingte Forderungen nach gleichen Lebenschancen zur Erklärung herangezogen. Zu diesen Situationsfaktoren kann auch das „Bedürfnis nach sozialer Anerkennung“ gerechnet werden, das die Bürger der neuen Länder haben und bei dem sie Defizite im vereinigten Deutschland empfinden⁹. Verschiedene Analysen wenden sich unmißverständlich gegen die erstgenannte Interpretation und wollen ausschließlich solche Situationsfaktoren beanspruchen, die auf die ungleichen Lebenschancen abstellen¹⁰. Die Sozialisationshypothese wird im Gegensatz zur Situationshypothese stark kritisiert. Sie ist unseres Erachtens aber theoretisch zu gut begründet und mit zu vielen empirischen Evidenzen versehen¹¹, als daß sie vollständig beiseite geschoben werden könnte.

Auf diese Diskussion soll hier nicht im einzelnen eingegangen werden, sondern es sollen lediglich die

⁸ Vgl. H.-J. Veen (Anm. 2).

⁹ Vgl. Detlef Pollack, *Das Bedürfnis nach sozialer Anerkennung. Der Wandel der Akzeptanz von Demokratie und Marktwirtschaft in Ostdeutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B13/97, S. 3–14.

¹⁰ Vgl. ebd.; H.-J. Veen (Anm. 2).

¹¹ Vgl. Russell J. Dalton, *Communists and Democrats*, in: *British Journal of Political Science*, 24 (1994), S. 469–493; Edeltraud Roller, *Ideological Basis of the Market Economy*, in: *European Sociological Review*, 10 (1994), S. 105–117; Robert Rohrschneider, *Report from the Laboratory*, in: *American Political Science Review*, 88 (1994), S. 927–941; Bettina Westle, *Demokratie und Sozialismus*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 46 (1994), S. 571–596.

Argumente herangezogen werden, die auf der Grundlage der präsentierten Daten gegen die Situations- und für die Sozialisationshypothese sprechen. Zunächst einmal weist die Ähnlichkeit der Trendverläufe der Zeitreihen in den alten und den neuen Ländern seit 1990 darauf hin, daß in beiden Landesteilen weitgehend dieselben Situationsfaktoren wirksam gewesen sind. Die aufgefundenen Unterschiede zwischen den alten und den neuen Ländern können demzufolge also allenfalls partiell auf Situationsfaktoren zurückgeführt werden. Noch wichtiger ist aber das Faktum, daß es bereits zur Zeit oder kurz nach der deutschen Vereinigung bei allen gemessenen Einstellungen zur Demokratie zwischen den alten und den neuen Ländern signifikante Unterschiede gegeben hat. Wenn diese also von Anfang an existiert haben, dann können sie auch nicht mit situativen Erfahrungen im vereinigten Deutschland erklärt werden. Im letzten Abschnitt kommen wir auf die Kontroverse über die Sozialisationshypothese noch einmal zurück. Zunächst werden aber die empirischen Befunde zum Sozialstaat und den Institutionen der Interessenvermittlung präsentiert, die auf einer konkreteren Ebene für die Unterschiede in der Akzeptanz der Demokratie des vereinigten Deutschland mitverantwortlich sind.

III. Sozialstaat

Im Gesellschaftssystem der DDR hatte die soziale Sicherheit der Bürger einen hohen Stellenwert. Sie war in Form von sozialen Grundrechten in der Verfassung der DDR implementiert und fand auch in der praktischen Politik einen erfahrbaren Niederschlag. Umfragen, die vor und nach der deutschen Vereinigung durchgeführt worden sind, belegen u. a., daß die Bürger der neuen Länder davon überzeugt waren – und es noch sind –, daß in diesem *spezifischen* Aspekt das Gesellschaftssystem der DDR dem der Bundesrepublik überlegen war bzw. ist¹². Diese in der Zeit der DDR entstandene Auffassung wurde durch Situationsfaktoren sicherlich verstärkt. Die Bürger der neuen Länder sind als Folge der deutschen Vereinigung erheblich stärker von sozialstaatlichen Leistungen abhängig als die Bürger der alten Länder, weil die Transformation der Plan- in eine Marktwirtschaft mit Hilfe

dieser Leistungen finanziert wird. Wegen des ausgesprochen positiven Urteils über das sozialistische System der Sozialpolitik und der situationsbedingten hohen Abhängigkeit von Sozialleistungen kann erwartet werden, daß die Bürger in den neuen Ländern höhere Ansprüche an den Sozialstaat haben als die Bürger der alten Länder und daß sie mit den Ergebnissen des bundesrepublikanischen Sozialstaats unzufriedener sind.

Dabei ist zu unterscheiden, ob sich die Ansprüche an den Sozialstaat auf den Umfang oder das Ausmaß staatlichen Handelns beziehen¹³. Beim Umfang geht es darum, ob der Staat überhaupt für sozialpolitische Aufgaben – wie z. B. die Absicherung im Alter – zuständig sein soll oder nicht; beim Ausmaß geht es um die Frage, wie groß die Leistungen des Staates in den sozialpolitischen Aufgabenbereichen sein sollen, für die er eine Verantwortung übernommen hat.

Entgegen der Erwartung gibt es auf den ersten Blick bei den Ansprüchen an den Umfang staatlichen Handelns nur geringe Unterschiede zwischen den Bürgern der alten und der neuen Länder. 1991 stimmten 90 Prozent der Westdeutschen und 98 Prozent der Ostdeutschen der Aussage zu, daß der Staat für die Kernbereiche der sozialen Sicherheit – die Absicherung bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, im Alter und in Notsituationen – zuständig sein soll. Die Differenz wird aber größer und geht in die erwartete Richtung, wenn man nur die Anteile für die höchste Form der Zustimmung: „stimme voll zu“ betrachtet. 1991 hatten danach 51 Prozent der Westdeutschen, aber 79 Prozent der Ostdeutschen die starke Erwartung, daß der Staat für die Einkommenssicherung zuständig sein sollte (vgl. Tabelle 1). Der wesentliche Unterschied zwischen den Bürgern der alten und der neuen Länder liegt also weniger in der Zustimmung zur staatlichen Einkommenssicherung als solcher als vielmehr darin, daß die Bürger in den neuen Bundesländern diese staatliche Zuständigkeit stärker einfordern. Die Daten zeigen weiter, daß sich zwischen 1991 und 1994 an dieser Grundstruktur nur wenig verändert hat. Entgegen der teilweise geäußerten Erwartung, daß in Ostdeutschland die Ansprüche mit zunehmenden Erfahrungen im Transformationsprozeß ansteigen würden¹⁴, zeichnet sich (in beiden Landesteilen) eine geringfügige Reduktion der Ansprüche an den Sozialstaat ab.

Bei den Ansprüchen an das Ausmaß staatlichen Handelns sind die Unterschiede zwischen beiden

12 Vgl. Edeltraud Roller, Sozialpolitische Orientierungen nach der deutschen Vereinigung, in: O. W. Gabriel (Anm. 5), S. 115–146, S. 124.

13 Vgl. ebd., S. 120.

14 Vgl. D. Pollack (Anm. 9).

Tabelle 1: Ansprüche an den Sozialstaat, 1991 und 1994

	Alte Länder		Neue Länder	
	1991	1994	1991	1994
	in Prozent			
<i>Umfang staatlichen Handelns</i>				
Der Staat muß dafür sorgen, daß man auch bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat				
– stimme voll zu	51	47	79	75
– stimme eher zu	39	40	19	21
– stimme eher nicht zu	8	11	1	3
– stimme überhaupt nicht zu	2	3	1	1
<i>Ausmaß staatlichen Handelns</i>				
Die Sozialleistungen sollten				
– ausgeweitet werden	–	28	–	71
– so bleiben wie bisher	–	60	–	28
– in Zukunft gekürzt werden	–	12	–	1

Datenbasis: Allbus 1991, 1994.

Landesteilen noch deutlicher. Auf die Frage, ob Sozialleistungen in Zukunft ausgeweitet oder gekürzt werden sollen, oder ob es so bleiben soll wie bisher, sprach sich 1994 in Ostdeutschland eine klare Mehrheit von 71 Prozent für eine Ausweitung der Sozialleistungen aus, während in Westdeutschland eine klare Mehrheit von 60 Prozent für die Beibehaltung des Status quo votierte (vgl. Tabelle 1). Diese Verteilungen zeigen nicht nur, daß die Ostdeutschen deutlich höhere Ansprüche an das Ausmaß staatlichen Handelns stellen, sie sind auch in Hinblick auf die aktuelle Diskussion um den Abbau des Sozialstaats sehr aufschlußreich. In beiden Teilen Deutschlands spricht sich zwar nur eine Minderheit für Kürzungen der Sozialleistungen aus, das aber in sehr unterschiedlichem Ausmaß. In Westdeutschland sind es 12 Prozent und in Ostdeutschland 1 Prozent. Die Kürzung von Sozialleistungen, die seit den neunziger Jahren wieder im Mittelpunkt der Sozialpolitik steht, wird in der Bundesrepublik also zusätzlich dadurch erschwert, daß mit der Vereinigung eine Bevölkerungsgruppe hinzugekommen ist, die fast einstimmig Sozialleistungskürzungen ablehnt¹⁵.

Bei der Analyse des zweiten Aspekts, der sich auf die Einschätzung der Ergebnisse der Sozialpolitik bezieht, bestätigt sich die Annahme, daß die Bürger in den neuen Bundesländern weniger zufrieden sind. 1994 fühlten sich in den neuen Bundes-

ländern 47 Prozent im Alter, bei Invalidität und im Krankheitsfall ausreichend gesichert, in den alten waren es dagegen 67 Prozent (vgl. Tabelle 2). Eine zweite Frage kann darüber Aufschluß geben, inwieweit dieses Urteil in den neuen Ländern maßgeblich von Erfahrungen in der früheren DDR oder im vereinigten Deutschland geprägt wird. Zwischen 1992 und 1995 war in den neuen Ländern eine deutliche Mehrheit – nämlich über 60 Prozent – der Ansicht, daß ihre soziale Sicherheit heute schlechter sei als in der DDR vor der Wende. Wenn diese negative Einschätzung des Ergebnisses des Sozialstaats im Vergleich zur früheren DDR eine Folge von situativen Erfahrungen in der Bundesrepublik sein sollte¹⁶, die zu einem Prozeß der nachträglichen Verklärung der DDR-Vergangenheit führen, dann müßte sich die negative Einschätzung der heutigen Situation kontinuierlich verschlechtern. Tatsächlich sind die Werte über den gesamten Zeitraum zwischen 1992 und 1995 relativ konstant; es zeichnet sich keine Verschlechterung ab.

Insgesamt kommen auch diese Analysen zu den hier unterschiedenen Aspekten des Sozialstaats zu einem relativ klaren Ergebnis: Die Ostdeutschen haben höhere Ansprüche an den Sozialstaat, und sie sind mit seinen Ergebnissen unzufriedener als die Westdeutschen. Die Bürger der neuen Länder besitzen offenbar sozialpolitische Orientierungen, die weniger dem bundesrepublikanischen Sozialstaat als dem umfassenderen sozialistischen System der Sozialpolitik der DDR entsprechen.

¹⁵ Vgl. Edeltraud Roller, Kürzungen von Sozialleistungen aus der Sicht der Bundesbürger, in: Zeitschrift für Sozialreform, 42 (1996), S. 777–788; dies., Ist der Abbau des Sozialstaats eine Gefahr für die Demokratie?, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 44 (1997), S. 420–424.

¹⁶ Vgl. D. Pollack (Anm. 9).

Tabelle 2: Zufriedenheit mit den Ergebnissen des Sozialstaats, 1992–1995

	Alte Länder 1994	Neue Länder			
		1992	1993	1994	1995
in Prozent					
Wie ist es mit Ihrer persönlichen Alterssicherung oder Sicherung vor Invalidität und im Krankheitsfall? Fühlen Sie sich					
– ausreichend gesichert	67	–	–	47	–
– nicht ausreichend gesichert	21	–	–	42	–
– habe mir darüber noch keine Gedanken gemacht	12	–	–	11	–
Wenn Sie an die Zeit in der DDR vor der Wende denken, geht es Ihnen dann heute in bezug auf Ihre soziale Sicherheit					
– besser als damals	–	16	14	21	17
– kein Unterschied	–	24	19	19	19
– schlechter als damals	–	61	67	60	64

Datenbasis: Allbus 1994, Politbarometer Ost 1992–1995.

Diese für Ostdeutschland ermittelten Verteilungen können in zwei ganz unterschiedlichen Sachverhalten begründet liegen. Zum einen können sie auf die Sozialisation in einem umfassenden sozialistischen System der Sozialpolitik zurückgehen. Zum anderen können diese Orientierungen aber auch in einer situationsspezifischen Reaktion auf die mit der Transformation verbundenen ökonomischen und sozialen Unsicherheit begründet liegen. Im ersten Fall wären diese Orientierungen längerfristig stabil, während sie im zweiten Fall mit einer Verbesserung der ökonomischen Lage kurz- oder mittelfristig veränderbar wären.

Weiterführende Analysen¹⁷ zeigen, daß zwar einerseits die sozialpolitischen Einstellungen mit der ökonomischen Lage der Befragten variieren; das heißt, je schlechter die ökonomische Lage um so größer die Ansprüche an den Sozialstaat sowie die Unzufriedenheit mit den Ergebnissen des Sozialstaats und umgekehrt. Andererseits zeigen die Analysen aber auch, daß der Zusammenhang mit der persönlichen wirtschaftlichen Lage nur einen partiellen Erklärungsbeitrag leistet und die sozialpolitischen Einstellungen auch durch die Sozialisation geprägt sind. Vieles spricht deshalb dafür, daß wir es mit einem sogenannten sozialistischen Erbe zu tun haben, das sich längerfristig nur durch den Austausch der DDR-Generationen durch jüngere Generationen transformieren wird. Diese Entwicklung mag dadurch erschwert werden, daß die Sozialpolitik in den neunziger Jahren durch Abbau und Sozialleistungskürzungen geprägt ist.

17 Vgl. E. Roller (Anm. 12), S. 135–139.

IV. Institutionen der Interessenvermittlung

Die Zufriedenheit mit der demokratischen Regierungsform eines Landes ist nicht nur von demokratischen Werten und der Bewertung staatlicher Leistungsfähigkeit durch die Bürger abhängig, sondern auch von deren Beurteilung der Akteure, die zwischen den Bürgeransprüchen und dem Regierungssystem vermitteln. Diese Aufgabe übernehmen die sogenannten Vermittlungsinstitutionen. Ihre Aufgabe es ist, zwischen den Verfassungsorganen und verschiedenen Teilgruppen der Bevölkerung Informationen, Entscheidungsalternativen und Orientierungen zu vermitteln. Zu ihnen zählen Bewegungen, Verbände und politische Parteien sowie – allerdings in einer Sonderrolle – die Kirchen¹⁸. Da Vermittlungsinstitutionen dem einzelnen Orientierungs- und Partizipationsmöglichkeiten und damit die Chance auf politische Mitwirkung eröffnen, sie das zentrale Instrument zur „Ermächtigung der vielen“¹⁹ sind, hat ihre Struktur und Funktionsweise unmittelbare Bedeutung für die Beziehung der Bürger zur Politik.

Verschiedene Beobachtungen sprechen dafür, daß sich das Verhältnis der Bürger zu den Vermitt-

18 Der funktionale Primat der Kirchen liegt nicht in der Interessenvertretung, sondern in der Verpflichtung einzelner auf religiöse Glaubensinhalte. Zudem sind sie durch das Grundgesetz als Rechtsgemeinschaft privilegiert.

19 Dietrich Rueschemeyer/Evelyn Huber/John D. Stephens, *Capitalist Development and Democracy*, Chicago 1992, S. 54.

Tabelle 3: Vertretung durch Vermittlungsinstitutionen, 1990 und 1994

	„vertreten/vertritt meine Interessen“			
	Alte Länder		Neue Länder	
	1990	1994	1990	1994
	in Prozent			
Gewerkschaften				
– Bevölkerung insgesamt	48	50	68	45
– darunter Gewerkschaftsmitglieder	88	83	81	79
Politische Parteien ^{a)}				
– Bevölkerung insgesamt	68	75	75	76
– darunter Parteimitglieder	95	97	99	96
Kirchen ^{a)}				
– Bevölkerung insgesamt	39	37	25	23
Umweltschutzgruppen				
– Bevölkerung insgesamt	75	81	80	70
Bürgerinitiativen				
– Bevölkerung insgesamt	59	69	64	58

Datenbasis: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Umfragen „Interessenvermittlung in Europa“ 1990 und 1994.

a) Anteil derjenigen, die sich von einer der betreffenden Institutionen/Organisationen vertreten sehen, im Falle der Kirchen also entweder von der katholischen oder der evangelischen Kirche, im Falle der Parteien von einer der fünf Bundestagsparteien.

lungsinstitutionen und damit ihr Verhältnis zur Demokratie mit und nach der deutschen Vereinigung verändert haben könnte. Die Debatte über die Politik- und Parteienverdrossenheit mit ihrem Höhepunkt 1992/93 verweist auf eine generelle, d. h. bundesweite Entwicklung. Die Diskussionen um die Schwierigkeiten beim „Institutionentransfer“ stellen im besonderen auf Vereinigungsprobleme und damit auf Unterschiede zwischen Ost und West ab. Letzteres ist für die „Transformationsproblematik“ also von unmittelbarer Relevanz. Nun hat es nicht nur den Transfer politischer Institutionen in die neuen Länder gegeben, sondern auch die weitgehende Übertragung der Vermittlungsinstitutionen westdeutscher Prägung. Die Vereinigung bedeutete zumeist das Ende der in der Wendezeit transformierten Altverbände und der noch zu DDR-Zeiten neugegründeten Verbände²⁰. Gerhard Lehbruch geht davon aus, daß der Transfer der Interessengruppen der zentralen Schwierigkeit begegnet, daß sich „aus der Vereinigung eine außergewöhnliche Heterogenität von Interessenlagen und Interessenwahrnehmungen ergeben hat“ und die Artikulation und Vermittlung spezifisch ostdeutscher Interessen bisher nicht gelungen sei²¹. Wenn dies zutrifft, müßte in

der Wahrnehmung der Bürger der neuen Länder eine „Vertretungslücke“ entstanden sein, die dann möglicherweise auch auf die Beurteilung des Funktionierens der deutschen Demokratie insgesamt durchschlägt.

Die Beurteilung von Vermittlungsakteuren kann aus unterschiedlichen Perspektiven erfolgen. Allgemeine Kriterien der Bewertung sind *Leistung* und *Qualität*. Entsprechend der Kriterien von Leistung und Qualität lassen sich *instrumentelle* und *moralische* Bewertungen unterscheiden²². Instrumentelle Bewertungen richten sich z. B. darauf, wie gut die aktuelle Vertretungsleistung der Vermittlungsinstitutionen ist, moralische Bewertungen z. B. darauf, wie stark den Institutionen vertraut wird. Beide Bewertungen stehen in einem Wechselverhältnis: Nur bei entsprechender (kontinuierlicher) Leistung wird sich Vertrauen aufbauen. Vertrauen schließt ja die Erwartung ein, daß die Institutionen auch in Zukunft ihre Leistungen erbringen. Beide Kriterien können also herangezogen werden, um der These von der Vertretungslücke nachzugehen.

Empirisch ist festzustellen, daß sich für die einzelnen Vermittlungsinstitutionen unterschiedliche Entwicklungen in den neuen und alten Ländern ergeben. Etwa konstant die Hälfte der Bürger in den alten Ländern fühlte sich 1990 und 1994 von

20 Vgl. Ralf Kleinfeld, Verbände, in: W. Weidenfeld/K.-R. Korte (Anm. 1), S. 684–697, S. 687.

21 Gerhard Lehbruch, Dilemmata verbandlicher Einflußlogik im Prozeß der deutschen Vereinigung, in: Wolfgang Streeck (Hrsg.), Verbände und Staat, Sonderheft der Politischen Vierteljahresschrift, Opladen 1994, S. 370–392, S. 373.

22 Vgl. Bernhard Weßels, Einstellungen zu den Institutionen der Interessenvermittlung, in: O. W. Gabriel (Anm. 5), S. 189–210, S. 191–194.

Tabelle 4: Vertrauen in Vermittlungsinstitutionen, 1991–1995

	Skalenmittelwerte (– 5 = gar kein Vertrauen, + 5 = sehr hohes Vertrauen)			
	1991	1992	1993	1995
Gewerkschaften				
– Neue Länder				
– Bevölkerung insgesamt	+ 0,82	+ 0,74	+ 0,88	+ 0,55
– darunter Mitglieder	–	+ 1,18	+ 1,22	+ 1,42
– Alte Länder				
– Bevölkerung insgesamt	+ 0,77	+ 0,29	+ 0,22	+ 0,64
– darunter Mitglieder	+ 1,48	+ 1,13	+ 0,99	+ 1,25
Kirchen				
– Neue Länder insgesamt	+ 0,51	– 0,21	– 0,39	– 0,65
– Alte Länder insgesamt	+ 0,70	+ 0,49	+ 0,61	+ 0,61
Parteien				
– Neue Länder insgesamt	–	– 0,95	– 1,26	– 0,50
– Alte Länder insgesamt	–	– 0,18	– 0,52	+ 0,07

Datenbasis: Umfragen „Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik“ (IPOS), 1991–1993 und 1995 (eigene Berechnungen).

den Gewerkschaften vertreten, in den neuen Ländern sank dieser Anteil von 68 auf 45 Prozent. Von den Parteien fühlten sich jeweils etwa drei Viertel der Bürger vertreten, von den Kirchen in den neuen Ländern etwa ein Viertel, in den alten fast 40 Prozent. Umweltschutzgruppen und Bürgerinitiativen verzeichnen in den neuen Ländern abnehmende Anteile, in den alten Ländern zunehmende (vgl. Tabelle 3).

Soweit Informationen über die Einstellungen von Mitgliedern vorhanden sind, zeigen diese, daß Mitglieder sich von ihren Organisationen in hohem Maße vertreten fühlen und daß diese Einschätzung zeitlich sehr stabil ist. Insgesamt verweisen diese Ergebnisse zur leistungsorientierten Bewertung der Vermittlungsinstitutionen nicht auf eine besondere Vertretungslücke in den neuen Ländern, wengleich sich in der ostdeutschen Bevölkerung insgesamt bei den Gewerkschaften, Umweltschutzgruppen und Bürgerinitiativen eine negative Entwicklung ergeben hat. Im Falle der Gewerkschaften dürfte dies in der steigenden Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern begründet sein, im Falle der Umweltgruppen und Bürgerinitiativen in ihrem relativen Bedeutungsverlust im Vergleich zur Wendezeit²³.

Anders sieht es beim Vertrauen in die Vermittlungsinstitutionen aus. Den Gewerkschaften wird im Zeitraum 1991 bis 1995 – zumindest von den

Mitgliedern – in den alten Ländern nicht mehr als in den neuen Ländern, sondern eher weniger Vertrauen geschenkt. Parteien und Kirchen hingegen genießen weit weniger Vertrauen in den neuen als in den alten Ländern. Für die Kirchen ergibt sich ein kontinuierlicher Vertrauensrückgang in den neuen Ländern, in den alten ist das Vertrauen konstant und höher. Politische Parteien genießen insgesamt am wenigsten Vertrauen von allen untersuchten Vermittlungsinstitutionen in beiden Teilen Deutschlands. Die Entwicklung verläuft aber, wengleich auf unterschiedlichem Niveau, in relativem Gleichklang. Wie bei der konkreten Leistungsbewertung schneiden die Vermittlungsinstitutionen auch bei der moralischen Bewertung unter Mitgliedern besser ab als im Bevölkerungsdurchschnitt (vgl. Tabelle 4).

In der Frage des Vertrauens ergeben sich also eher als in der Frage der Vertretung Hinweise auf eine Differenz zwischen alten und neuen Ländern. Die Ergebnisse zeigen aber auch, daß es – abgesehen von den Kirchen in den neuen Ländern – nach einem Einbruch 1992/93 einen Rückgewinn an Vertrauen gegeben hat. Das Vertrauen ist allerdings insbesondere in den neuen Ländern nach wie vor schwach, und die Bürger scheinen schnell mit Vertrauensentzug auf ein negatives Erscheinungsbild zu reagieren.

Wie weiterführende Analysen zeigen, bleibt die Entwicklung des Vertrauens in Vermittlungsinstitutionen für die Beurteilung des Funktionierens der Demokratie nicht folgenlos²⁴. Die Bürger generalisieren von spezifischen Unzufriedenheiten

23 So ist z. B. auffällig, daß zwischen 1990 und 1995 die Abnahme der Beschäftigtenzahlen fast genau der Abnahme der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften entspricht. Allein in den neuen Ländern ist die Zahl der Erwerbstätigen um 2,4 Millionen zurückgegangen, und hauptsächlich in den neuen Ländern findet auch der Mitgliederrückgang statt.

24 Vgl. B. Weißels (Anm. 22), S. 205–208.

auf die Systemebene, d. h., diejenigen, die kein Vertrauen in die Vermittlungsinstitutionen haben, sind auch am wenigsten zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie; diejenigen, die hohes Vertrauen in die Vermittlungsinstitutionen setzen, weisen auch das höchste Maß an Demokratiezufriedenheit auf. Wenn also die Institutionen der Interessenvermittlung nicht funktionieren, wird auch das Funktionieren des Gesamtsystems negativ beurteilt. Dieser Zusammenhang existiert gleichermaßen in den neuen und alten Bundesländern.

Besondere Beachtung verdient dabei die Tatsache, daß der Abstand in der Beurteilung der Demokratie zwischen denjenigen, die den Vermittlungsinstitutionen kein Vertrauen schenken, und denen, die ihnen hohes Vertrauen entgegenbringen, im Zeitverlauf größer wird. Dieser Befund gibt einen Hinweis auf eine besondere Dynamik: Er könnte dafür sprechen, daß Mißtrauen um so stärker auf die Beurteilung des politischen Systems durchschlägt, je länger es andauert. Oder anders formuliert: Wenn die Vermittlungsinstitutionen kontinuierlich in der Sicht der Bürger eine negative Bilanz haben, gerät auch das politische System in die „roten Zahlen“.

V. Schlußfolgerungen

Die empirischen Analysen haben auf ganz unterschiedlichen Ebenen und in vielfältigen Hinsichten Unterschiede in den Einstellungen der Bürger der alten und der neuen Länder zur Demokratie des vereinigten Deutschland erbracht. Diese Unterschiede sind nicht nur in einem statistischen Sinne signifikant, sondern sie machen auch deutlich, daß es zumindest hinsichtlich der Akzeptanz der Demokratie des vereinigten Deutschlands noch keine integrierte politische Gemeinschaft gibt. Wie können diese Befunde interpretiert werden, und wie sind sie auf die Kontroverse über die „innere Einheit“, und in diesem Zusammenhang auf die Sozialisationshypothese einerseits und die Situationshypothese andererseits, beziehbar?

In der kritischen Wendung gegen die Sozialisationshypothese wird eine überzeichnete Version dieser These als Bezugspunkt genommen²⁵, die von den meisten Vertretern des Sozialisationsansatzes nicht geteilt wird. Wir gehen nicht von einer lückenlosen Determination der Einstellungen der

Bürger durch den DDR-Sozialismus aus und unterstellen schon gar nicht obrigkeitstaatliche und somit antidemokratische Einstellungen. Es ist aber wenig plausibel und steht auch im Widerspruch zum allgemeinen sozialwissenschaftlichen Erkenntnisstand, daß der institutionelle Rahmen, in dem Bürger leben, gar keinen Einfluß auf deren Einstellungen haben soll. Ein sogenanntes „institutionelles Lernen“²⁶ ist fast unvermeidlich. Die Frage ist nur, wie stark dieses ist und worauf es sich bezieht.

Das „institutionelle Lernen“ der Bürger der neuen Länder in der früheren DDR hat nach unserer Auffassung dazu geführt, daß diese bestimmte Prinzipien betonen, die zur Präferenz eines anderen Demokratiemodells führen als desjenigen, das durch die Verfassung des vereinigten Deutschland eingerichtet ist. Dabei handelt es sich um Formen der direkten Bürgerbeteiligung an den politischen Entscheidungsprozessen und vor allem um soziale Grundrechte. Es wurde ausführlich herausgearbeitet, daß dies legitime Vorstellungen im Rahmen dessen sind, was Demokratie alles sein kann²⁷. Die Sozialisationshypothese ist also keinesfalls notwendig mit einer Deformationshypothese im Sinne antidemokratischer Einstellungen verknüpft.

Gegen diese Argumentation könnte immer noch eingewendet werden, daß auch in den alten Ländern eine starke Priorität von sozialen Zielen existiert²⁸. Dabei wird aber zum einen der immer noch bestehende und nicht zu vernachlässigende Unterschied in den Einstellungen zum Sozialstaat zwischen den beiden Teilen Deutschlands übersehen. Zum anderen zeigen empirische Analysen, daß die Bürger der neuen Länder die von ihnen festgestellte unzureichende Realisierung sozialer Ziele dem demokratischen System des vereinigten Deutschland zurechnen, die Bürger der alten Länder jedoch lediglich der jeweiligen Regierung und der aktuellen Politik²⁹. Nur in den neuen Ländern werden also diese Defizite zu einer grundsätzlichen Frage der Gestaltung des demokratischen Regierungssystems gemacht.

Wir wollen abschließend also festhalten, daß es nach unseren Analysen beträchtliche Unter-

26 Robert Rohrschneider, Institutional Learning versus Value Diffusion, in: *The Journal of Politics*, 58 (1996), S. 422–446; vgl. E. Roller (Anm. 11).

27 Vgl. D. Fuchs, Welche Demokratie? (Anm. 5); ders., *Wohin geht der Wandel?* (Anm. 5).

28 Vgl. H.-J. Veen (Anm. 2).

29 Vgl. Dieter Fuchs, Support for Democracy in the Unified Germany, in: Pippa Norris (Hrsg.), *Ties that Bind: Confidence in Government*, Oxford (i. E.).

25 Vgl. H.-J. Veen (Anm. 2), D. Pollack (Anm. 9).

schiede in der Akzeptanz der Demokratie des vereinigten Deutschland zwischen den alten und den neuen Ländern gibt und daß diese zumindest teilweise auf die Sozialisation in unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen zurückgeführt werden können. Wenn dieser Sachverhalt zutrifft, dann wären diese Einstellungen kurz- und mittelfristig nur sehr schwierig änderbar. In diesem Sinne bleibt die Frage der „inneren Einheit“ also durchaus

noch offen³⁰. Das erleichtert die Bewältigung der neuen Herausforderungen, mit denen alle liberalen Demokratien konfrontiert sind, sicherlich nicht.

30 Vgl. Oscar W. Gabriel, Politische Orientierungen und Verhaltensweisen, in: Max Kaase u. a., Politisches System: Opladen 1996, S. 231–319; Max Kaase, Die Deutschen auf dem Weg zur inneren Einheit?, in: Hedwig Rudolph (Hrsg.) Geplanter Wandel, ungeplante Wirkungen, Berlin 1995 S. 160f.

Das Sein bestimmt das Bewußtsein

Oder: Warum sich die Ostdeutschen als Bürger 2. Klasse fühlen

I. Einleitung

Ende Juli 1997 hat die Bundesregierung ihren ersten „Bericht zum Stand der deutschen Einheit“ vorgelegt. Die etwa 300 Seiten umfassende Dokumentation ist zwar durchaus im Sinne einer auf PR abzielenden Erfolgsstory zu lesen, doch enthält sie auch leisere Töne: „Langsamer als die Einigung Deutschlands auf administrativem, wirtschaftlichem und sozialem Niveau“, so berichtet die Frankfurter Allgemeine Zeitung, „vollzieht sich nach Ansicht der Bundesregierung die ‚innere Einigung‘. Das Ende dieses Prozesses sei heute noch nicht abzusehen.“¹ Nun ist es wohl keine Neuigkeit, daß es Probleme mit der „inneren Einheit“ zwischen West- und Ostdeutschland gibt. Die sprichwörtliche „Mauer in den Köpfen“ wird fast täglich beklagt, Unmengen von wissenschaftlicher Literatur sind zu diesem Thema veröffentlicht worden, und es vergeht kaum eine Woche, in der nicht neue Daten zum Stand der deutschen Einheit publiziert werden². In jüngster Zeit wird zudem eine wachsende Distanz der Werte zwischen West und Ost konstatiert, die als Beleg für die in der Öffentlichkeit oft beschworene „innere Mauer“ gewertet wird³. Dieser Umstand fällt mit dem Befund zusammen, daß sich viele Ostdeutsche auch nach sieben Jahren in der Bundesrepublik noch immer nicht heimisch fühlen. Im Gegenteil: Eine sehr auffällige demoskopische Entwicklung der letzten zwei Jahre ist die Zunahme – nicht der Rückgang! – des Gefühls in Ostdeutschland, Bürger 2. Klasse zu sein. Das politisch-gesellschaftliche Experiment „Vereinigung“ verläuft offensichtlich höchst unbefriedigend.

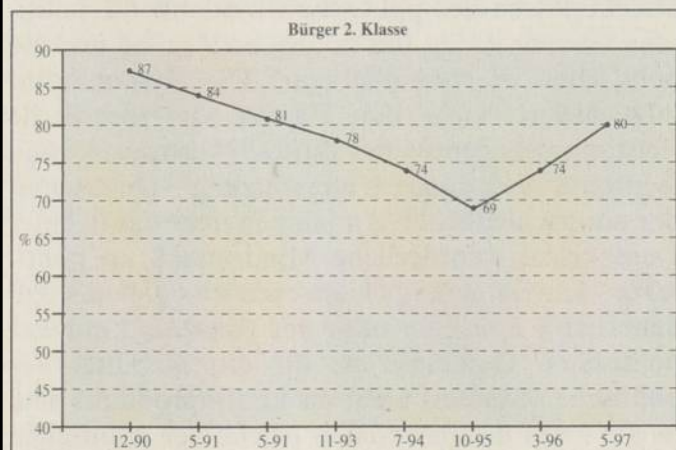
1 Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 24. Juli 1997, S. 1.

2 Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann, Die deutsche Einheit gelingt – aber wann?, in: FAZ vom 18. 12. 1996, S. 5; vgl. auch Hans-Joachim Veen, Die innere Einheit ist schon da, in: FAZ vom 22. Juli 1997, S. 11. Ausführlicher: ders., Innere Einheit – aber wo liegt sie? Eine Bestandsaufnahme im siebten Jahr nach der Wiedervereinigung Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40–41/97, S. 19–28.

3 Vgl. Heiner Meulemann, Werte und Wertewandel. Zur Identität einer geteilten und wieder vereinten Nation, Weinheim 1996.

Als Bürger 2. Klasse fühlten sich Ende 1990 gleich nach der Vereinigung etwa 85 bis 90 Prozent aller Ostdeutschen. Dieser Anteil ging dann langsam, aber stetig zurück, bis er im Herbst 1995 seinen Tiefstand von 69 Prozent erreichte. Zwar war auch dieser Wert noch sehr hoch, doch im Trendvergleich ergab sich eine hoffnungsvolle Tendenz, die auf eine – wenn auch schleichende, so doch erfolgreiche – Integration des Ostens hinzudeuten schien. Diese Tendenz ist jedoch seit Ende 1995 abgebrochen. Statt dessen hat sich das Gefühl, Bürger 2. Klasse zu sein, wieder deutlich ausgebreitet: von über 74 Prozent im März 1996 auf 80 Prozent im Mai 1997 (vgl. die Graphik).

Graphik: Das Gefühl, Bürger 2. Klasse zu sein (1990–1997)



Quelle: Eigene Darstellung.

Wir wollen hier einen Beitrag zur Klärung der Frage leisten, ob diese Entwicklung nun auf die Entstehung oder gar Verfestigung der vielzitierten „inneren Mauer“ – also auf mentale Differenzen zwischen Ost und West – hindeutet oder ob für diesen Befund andere Erklärungsgrößen ausschlaggebend sind⁴.

4 Vgl. die umfangreiche Analyse von Dieter Walz/Wolfram Brunner, It's the economy, stupid! Oder warum sich die Ostdeutschen als Bürger 2. Klasse fühlen, wir aber nicht auf die innere Mauer treffen, unveröff. Manuskript, Bielefeld 1997. Der Beitrag erscheint 1998 in: Heiner Meulemann (Hrsg.), Die innere Mauer – eine Herausforderung an die Wertewandels-Forschung nach der deutschen Wiedervereinigung.

II. Theoretischer Rahmen

„Mit der Übernahme des Regelwerkes des Grundgesetzes und der Verwaltungsordnungen, der Wahl von Volksvertretern und der Einführung der Marktwirtschaft hat die Bevölkerung im Osten Deutschlands Bekanntschaft mit den Institutionen des westdeutschen politischen Alltags gemacht.“⁵ Die Vereinigung Deutschlands ist jedoch *nicht nur* mit einem kompletten Institutionentransfer von West nach Ost einhergegangen, sie ist *auch* als Zusammenschluß zweier „politischer Gemeinschaften“ zu sehen. Mit der Herstellung der deutschen Einheit wurden also nicht nur Fragen des strukturellen, sondern auch Fragen des kulturellen Wandels aufgeworfen⁶.

Wenn man das Gefühl, „Bürger 2. Klasse“ zu sein, das wir im folgenden näher analysieren wollen, theoretisch einordnen möchte, so bietet sich zunächst der Rückgriff auf die Politische-Kultur-Forschung nach Gabriel Almond/Sidney Verba und David Easton an. Gemäß dem „Konzept politischer Unterstützung“ von Easton⁷ gibt es drei Objektklassen des politischen Systems: die politische Gemeinschaft, das politische Regime und die politischen Herrschaftsträger. Die Systemkultur differenziert sich bei Easton in spezifische (leistungsbezogene) und diffuse (vertrauens- und legitimitätsbezogene) Unterstützung⁸. Ungeachtet der unterschiedlichen Annahmen über das in einer Demokratie erforderliche Mindestmaß an politischer Unterstützung kann jedoch gelten, daß dauerhafte *Kritik an* oder der *Ausschluß aus* der politischen Gemeinschaft für die Stabilität des politischen Systems mehr als kontraproduktiv sein dürfte⁹. Auf der personalen Ebene der politischen Gemeinschaft, also hinsichtlich der Haltungen zu den Mitbürgern, stellt sich die Frage nach der nationalen Identität, das heißt die Frage nach

5 Ursula Feist, Zur politischen Akkulturation der vereinten Deutschen. Eine Analyse aus Anlaß der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11-12/91, S. 21-32.

6 Vgl. Gabriel Almond/Sidney Verba, *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton 1963.

7 David Easton, A Re-Assessment of the Concept of Political Support, in: *British Journal of Political Science*, (1995), S. 435-497.

8 Vgl. Oscar W. Gabriel, *Politische Kultur, Postmaterialismus und Materialismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen 1986.

9 Vgl. ders., *Institutionenvertrauen im vereinigten Deutschland*, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43/93, S. 3-12.

einem gemeinsamen Wir-Gefühl¹⁰: Fühlen sich die Ostdeutschen in der neuen politischen Gemeinschaft zu Hause, fühlen sie sich willkommen, oder grenzen sie sich – wie auch immer und warum auch immer – von ihren Landsleuten im Westen ab? Es stellt sich hier die Frage, wie das Gefühl „Bürger 2. Klasse“ zu interpretieren ist. Was steckt dahinter? Was sind die Ursachen für die deutliche Ausbreitung des Gefühls seit Ende 1995? Mit einiger Anfangsplausibilität kann man vermuten, daß das Gefühl „Bürger 2. Klasse“ im Rahmen der deutsch-deutschen Vereinigung folgende Ursachen – und damit Bedeutungsinhalte – haben könnte:

Erstens kann es zum Ausdruck bringen, daß man sich in der Gesellschaft (in Politik und Wirtschaft, im täglichen Leben, bei Behördengängen etc.) nicht so gut auskennt wie andere Mitbürger. Der Drang nach Kontrolle der sozialen Umwelt trifft auf das Bewußtsein, nicht genug bzw. weniger als andere zu wissen. Diese Konstellation ist praktisch immer gegeben, wenn Menschen in Situationen geraten, die sie zuvor noch nicht erfahren haben. Insofern ist es durchaus plausibel, vielen Ostdeutschen ein solches Gefühl für die nähere Zeit nach der Vereinigung zu unterstellen.

Zweitens mag das Gefühl „Bürger 2. Klasse“ auch auf der Wahrnehmung wirtschaftlicher Ungleichheit basieren, welche zwischen der alten Bundesrepublik und der DDR bzw. den neuen Bundesländern zum Zeitpunkt der Vereinigung bestanden hat. Bürger 2. Klasse bedeutet in diesem Sinne einfach, im ärmeren Teil Deutschlands zu leben; man sieht dies nicht als Folge der Vereinigung oder einer verfehlten Politik der Bundesregierung, sondern gleichsam als „natürliche“ Fortsetzung der Situation vor dem Zusammenschluß („reiche BRD“ versus „arme DDR“); die wirtschaftliche Ungleichheit wird an dieser Stelle also als ein strukturelles Problem interpretiert.

Bürger 2. Klasse zu sein impliziert *drittens* im klassischen Sinne natürlich auch die aktive Diskriminierung, sei es nun rechtlich oder praktisch-politisch. Daß Ostdeutsche die gleichen Rechte haben wie Westdeutsche, dürfte wohl unbestritten sein. Unter praktisch-politischen Aspekten hingegen wurde der Bundesregierung schon häufig vorgeworfen, sie tue nicht genug für den Osten bzw. sie vertrete eher die Interessen des Westens als die des Ostens. Auch in dieser Situation ist die Wahrnehmung eines wirtschaftlichen und sozialen

10 Vgl. Bettina Westle, Einstellungen zur Nation und zu den Mitbürgern, in: Oscar W. Gabriel (Hrsg.), *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*, Opladen 1997, S. 61-80.

Gefälles zwischen West und Ost der grundlegende Faktor; jetzt jedoch wird dieser „Rückstand“ des Ostens nicht als strukturelles Problem aufgefaßt, sondern als Folge von Versäumnissen bzw. aktiver Benachteiligung durch die Bundesregierung oder den Westen insgesamt.

Viertens schließlich wurde die intellektuell-charakterliche Diskriminierung des Ostens ebenfalls sehr schnell nach der Vereinigung zum Diskussionspunkt. Der „Besserwessi“, der arrogant und herablassend meint, den Ostdeutschen zeigen zu müssen, wie man Demokratie und freie Marktwirtschaft betreibt, ist schon beinahe ein Topos. Gleichzeitig wimmelt es nur so von tatsächlichen und vermeintlichen Vorurteilen zwischen West und Ost. Bürger 2. Klasse ist in diesem Zusammenhang als ein Reflex auf die tatsächliche und vermeintliche Überheblichkeit des Westens zu verstehen¹¹.

Die Vermutung liegt nahe, daß alle vier hier dargelegten Bedeutungsaspekte in der sozialen Realität eine Rolle spielen, zumal sie eng miteinander verknüpft sein dürften und nur theoretisch wirklich trennbar sind. Allerdings ist ebenso zu vermuten, daß sich die Bedeutungsaspekte in ihrer *relativen* Wichtigkeit im Längsschnitt verändert haben.

III. Empirische Befunde

Wir werden im folgenden versuchen, mit den demoskopischen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, das Gefühl „Bürger 2. Klasse“ näher zu analysieren. Unsere Analysen stützen sich dabei auf Umfragedaten des EMNID-Instituts.

Die verfügbaren Daten für den Zeitraum 1990 bis 1997 zeigen *zwei* Auffälligkeiten:

Erstens entwickelt sich das Gefühl „Bürger 2. Klasse“ in den meisten Bevölkerungsgruppen Ostdeutschlands *tendenziell* ähnlich; das heißt, fast überall ist eine Abnahme bis Ende 1995 sowie ein prägnanter Anstieg bis Anfang 1997 festzustellen. Dieser Anstieg wird allerdings von zwei Bevölkerungsgruppen *nicht* mitvollzogen, nämlich von den

über 64jährigen sowie von den formal höher Gebildeten.

Zweitens existieren trotz der ähnlichen Gesamt-tendenz *deutliche Einschätzungsunterschiede* zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen. Diese Differenzen nahmen im Laufe der Zeit – besonders zwischen Ende 1991 und Ende 1995 – zu, durch den Anstieg bis Anfang 1997 werden sie zwar etwas abgemildert, dennoch besteht längst nicht mehr jene Homogenität, wie sie in den ersten ein bis zwei Jahren nach der Vereinigung sichtbar wurde: In zunehmendem Maße nämlich fühlen sich die ostdeutschen Rentner und Pensionäre, die 18- bis 29jährigen, die höher Gebildeten, die Bewohner Sachsens sowie die CDU-Wähler gleichberechtigter als der Durchschnitts-Ostdeutsche.

Es scheint somit, als würde das Gefühl „Bürger 2. Klasse“ im Zeitverlauf immer stärker mit wirtschaftlicher und sozialer Bedeutung gefüllt. Während sich zunächst fast alle Bürger Ostdeutschlands als Bürger 2. Klasse fühlten – anscheinend weitgehend unabhängig von ihrer individuellen Situation –, gerät die Einschätzung immer stärker unter den Einfluß der objektiven oder subjektiven individuellen sozioökonomischen Verortung in der neuen Gesellschaft bzw. unter den Einfluß der auf das Umfeld bezogenen wirtschaftlichen Wahrnehmungen; das Gefühl reagiert damit gleichsam auf die objektiven oder subjektiven sozialen Auf- und Abstiegsbewegungen bzw. -bedrohungen, denen jeder Ostdeutsche seit der Vereinigung ausgesetzt ist.

Die Erklärung mit sozioökonomischen Faktoren wird durch die Umfragedaten bestärkt. Vergleicht man die Entwicklung des Gefühls „Bürger 2. Klasse“ mit dem Verlauf von subjektiv wahrgenommenen Wirtschaftsindikatoren, stößt man in den Verläufen sowohl auf Abweichungen als auch auf Übereinstimmungen: Die vergleichsweise kurzfristigen Schwankungen der wirtschaftlichen Erwartungen werden vom Gefühl „Bürger 2. Klasse“ zu sein, nicht nachvollzogen; allerdings entspricht die Entwicklung des Gefühls in der Grundtendenz der der Wirtschaftswahrnehmungen: Die negativen Wirtschaftserwartungen gehen nach einem kurzen und nur geringen Anstieg zwischen Ende 1990 und Mitte 1991 bis Mitte 1994 deutlich zurück, um dann bis zum Frühjahr 1996 wieder sehr stark anzuwachsen. Das Gefühl „Bürger 2. Klasse“ scheint dieser Entwicklung in zeitlichem Abstand zu folgen, ist somit von Anfang an ein Reflex auf die Einschätzung der wirtschaftlichen Situation im Osten.

¹¹ Vgl. Detlef Pollack, Das Bedürfnis nach sozialer Absicherung. Der Wandel der Akzeptanz von Demokratie und Marktwirtschaft in Ostdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 13/97, S. 3–14; vgl. auch ders./Gert Pickel/Jörg Jacobs, Wächst zusammen, was zusammengehört? Subjektive und objektive Komponenten sozialer Ungleichheit in Ost- und Westdeutschland, in: Ronald Lutz (Hrsg.), Armutsforschung und Sozialberichterstattung in den neuen Bundesländern, Opladen 1997 (i. E.).

Tabelle 1: Die Ostdeutschen fühlen sich als ›Bürger 2. Klasse‹ weil ...

Aussagen	stimme zu (in Prozent)	Mittelwert*
... sie für gleiche Arbeit nicht den gleichen Lohn bekommen, aber die Lebenshaltungskosten (z. B. Miete, Strom, Lebensmittel) ebenso hoch sind wie im Westen.	88	1,5
... es zu viele Unterschiede bei Löhnen und Gehältern gibt.	86	1,6
... 40 Jahre Trennung einfach nicht so schnell überwunden werden können.	75	1,9
... die Arbeitslosigkeit im Osten hoch ist.	73	1,9
... das DDR-Regime in vielen Bereichen einen „Scherbenhaufen“ hinterlassen hat, den man nicht so schnell beseitigen und auf „Westniveau“ aufholen kann.	73	2,0
... die westdeutsche Wirtschaft im Osten alles „platt macht“, damit ihr keine Konkurrenz aus den neuen Bundesländern droht.	72	1,9
... die Wirtschaft im Osten nicht in Gang kommt.	67	2,0
... sie in vielen Dingen vom Westen bevormundet werden.	63	2,1
... die Errungenschaften der DDR heute nichts mehr wert sind.	62	2,2
... sie auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt und ihre Berufs- bzw. Bildungsabschlüsse nicht mehr anerkannt werden.	61	2,1
... sie nicht mit dem Westen „vereinigt“, sondern vom Westen „vereinnahmt“ wurden.	59	2,2
... sie in vielen Dingen objektiv noch hinter dem Westen herhinken.	59	2,3
... die Westdeutschen die Ostdeutschen nicht als gleichberechtigte Mitbürger sehen.	53	2,3
... sich die „Wessis“ gegenüber den Ostdeutschen überheblich und arrogant verhalten.	51	2,4
... es zwischen West und Ost keine Gleichberechtigung gibt.	48	2,3
... die Lebenshaltungskosten im Osten höher sind als im Westen.	46	2,4
... die Westdeutschen glauben, die „Ossis“ seien dumm und faul.	45	2,6
... die Westdeutschen die Ostdeutschen nicht akzeptieren.	39	2,6
... der Westen kein Interesse am „Aufbau Ost“ hat.	34	2,8
... die „Wessis“ die „Ossis“ verachten.	22	3,0

* Skala: 1 = trifft sehr zu; 4 = trifft überhaupt nicht zu. „Stimme zu“ = Skalenpunkte 1+2

Quelle: Eigene Darstellung.

Obwohl das Gefühl immer ein Reflex auf die wirtschaftliche Situation des Ostens bleibt, kommt es im Zeitverlauf zu einem Bedeutungswandel des Gefühls: Es basiert immer weniger auf der Wahrnehmung, historisch bedingt im ärmeren Teil Deutschlands zu leben; die Wahrnehmung wird stattdessen zunehmend mit Versäumnis- oder sogar Diskriminierungs-Vorwürfen an den Westen insgesamt bzw. an die Bundesregierung verbunden. Für einen Bedeutungswandel spricht zum einen die Ausdifferenzierung der sozioökonomischen Basis des Gefühls sowie der im Zeitverlauf zunehmende Zusammenhang zwischen dem Gefühl und anderen, auf die politische Lage bzw. auf die Regierungszufriedenheit bezogenen Einstellungen: Ver-

gleicht man nämlich den Verlauf des Gefühls „Bürger 2. Klasse“ mit der Entwicklung der Unzufriedenheit mit der politischen Lage und der Bundesregierung, zeigt sich bis Ende 1993 eine markante Gegenbewegung. Während das Benachteiligungsgefühl der Ostdeutschen langsam, aber stetig abnimmt, wächst die Unzufriedenheit mit der politischen Lage und der Regierung. Seit 1994 jedoch bewegen sich alle Indikatoren mit gleicher Tendenz. Das heißt, in den ersten Jahren nach der Vereinigung verläuft die Entwicklung des Gefühls „Bürger 2. Klasse“ anscheinend losgelöst von den Einstellungen zur politischen Lage und zur Bundesregierung; spätestens seit Mitte der neunziger Jahre aber existiert ein deutlicher Bezug.

Tabelle 2: Die Dimensionen des Gefühls „Bürger 2. Klasse“

Faktoren ¹	Mittelwert ²
Faktor 1: Eher persönliche ökonomische Aspekte/Ungleichheit 1 Osis sind am Arbeitsmarkt benachteiligt 2 Unterschiede bei Lohn und Gehalt 3 ungleicher Lohn, aber gleiche Kosten 4 hohe Arbeitslosigkeit im Osten 5 Wirtschaft kommt nicht in Gang	1,8
Faktor 2: Strukturelle Hinterlassenschaften der DDR/Teilung 6 40 Jahre Trennung sind nicht so schnell überwunden 7 DDR-Regime hat „Scherbenhaufen“ hinterlassen 8 Osis hinken objektiv hinterher 9 DDR-Erreungenschaften sind nichts mehr Wert	2,0
Faktor 3: Eher allgemeine ökonomische Aspekte/Irrationalitäten 10 westdeutsche Wirtschaft macht den Osten „platt“ 11 Westen hat kein Interesse am „Aufbau Ost“ 12 Westen bevormundet den Osten 13 Lebenshaltungskosten im Osten höher	2,3
Faktor 4: Abwertung Ost durch West 14 Wessis akzeptieren Osis nicht 15 Wessis sehen Osis nicht als gleichberechtigte Bürger an 16 Wessis glauben, Osis seien dumm und faul 17 Wessis sind gegenüber Osis überheblich und arrogant 18 Wessis verachten die Osis 19 Osten nicht vereinigt, sondern vereinigt 20 Zwischen Ost und West gibt es keine Gleichberechtigung	2,5

1 Vier-Faktorlösung; Varianzerklärung: 59,2 Prozent;
 2 Mittelwerte der Skala: 1 = trifft sehr zu; 4 = trifft überhaupt nicht zu.

Quelle: Eigene Darstellung.

Das Gefühl „Bürger 2. Klasse“ ist somit endgültig zu einem Indikator geworden, der politischen Zündstoff enthält. Wenn dieses Gefühl also ein Politikum geworden ist und zugleich eine massive Ausbreitung des Gefühls seit Ende 1995 festzustellen ist, ist die politische Lage um so ernster. Allerdings sehen wir das Gefühl getreu dem Motto „It's the economy, stupid!“ zuallererst in Abhängigkeit von den wirtschaftsbezogenen Wahrnehmungen; das heißt, das Gefühl ist für uns nicht Ausfluß langfristiger stabiler Einstellungen, sondern das Re-

sultat *relativ* kurzfristiger Einflußfaktoren. In dem Moment, in dem sich die wirtschaftliche Situation in Ostdeutschland verbessert, wird auch das Gefühl „Bürger 2. Klasse“ wieder zurückgehen.

„It's the economy, stupid!“, so behaupten wir; gerade die Ausbreitung des Gefühls seit Ende 1995 ist ein Indikator dafür. Ein Ansatz, der das Gefühl „Bürger 2. Klasse“ vor allem auf die intellektuell-charakterliche Ablehnung und Abwertung der Ostdeutschen zurückführt¹², kann unseres Erachtens den *plötzlichen* Anstieg seit 1995 nicht erklären.

Wie schätzen die Ostdeutschen jedoch das Gefühl „Bürger 2. Klasse“ eigentlich selbst ein? Zur Beantwortung dieser Frage haben wir zunächst in Form einer offenen Abfrage zu ermitteln versucht, welche Aspekte dem Gefühl „Bürger 2. Klasse“ von Ostdeutschen zugeschrieben werden. Die Auswertung der Antworten hat gezeigt, daß in dieser Frage ein großes Mitteilungsbedürfnis bei den Befragten aus den neuen Bundesländern besteht. Auf Basis der Antworten wurde dann eine Liste mit 20 Aussagen entwickelt (vgl. Tabelle 1), die in einer weiteren Umfrage getestet wurde.

Im Rahmen einer Faktorenanalyse mit den 20 Aussagen (vgl. Tabelle 1) konnten vier Dimensionen (vgl. Tabelle 2) extrahiert werden, die inhaltlich plausibel interpretiert werden können.

Der Blick auf Tabelle 2 zeigt, daß die von Pollack favorisierten Abwertungsaspekte offenbar nicht die zentrale Rolle beim Gefühl „Bürger 2. Klasse“ zu sein, spielen. Maßgeblich sind hingegen – eher persönliche – ökonomische Benachteiligungsempfindungen. Vor allem werden Unterschiede bei Lohn und Gehalt oder die hohe Arbeitslosigkeit im Osten genannt. Daneben spielt nach wie vor die Einschätzung eine Rolle, in dem strukturell – also durch die 40jährige Teilung und die DDR-„Mißwirtschaft“ – benachteiligten Gebiet zu leben. Eine dritte Dimension bezieht sich auf eher allgemeine ökonomische Aspekte, wobei hier sehr stark die aktive Diskriminierung durch den Westen betont wird („Westen macht den Osten platt“; „kein Interesse am Aufbau Ost“). Erst an vierter Stelle und damit am wenigsten relevant sind schließlich die von Pollack genannten „Abwertungsaspekte“, das heißt, eine Gering-schätzung der Ostdeutschen durch die Wessis, da Statements wie „Wessis verachten die Osis“, „Wessis akzeptieren die Osis nicht“ oder „Wessis halten Osis für dumm und faul“ am seltensten als Gründe für das „Bürger-2. Klasse“-Gefühl ge-

12 Vgl. D. Pollack (Anm. 11).

Tabelle 3: Bewertung von Aussagen

Aussagen	alle Befragten	Bürger 2. Klasse	nicht Bürger 2. Klasse
Zwischen Ost und West gibt es Unterschiede bei Lohn und Gehalt	1,2	1,1	1,6
40 Jahre Trennung sind nicht so schnell zu überwinden	1,3	1,2	1,5
Das DDR-Regime hat einen „Scherbenhaufen“ hinterlassen	1,7	1,7	1,6
Die Ostdeutschen sind am Arbeitsmarkt benachteiligt	1,8	1,7	2,5
Die westdeutsche Wirtschaft macht den Osten „platt“	1,8	1,7	2,3
Die Wessis akzeptieren die Osis nicht	2,4	2,3	2,8
Die Wessis glauben, daß die Osis dumm und faul seien	2,4	2,2	3,2
Der Westen hat kein Interesse am „Aufbau Ost“	2,5	2,4	2,9

Mittelwerte; Skala: 1 = trifft sehr zu; 4 = trifft gar nicht zu

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 4: Regressionsanalyse mit „Bürger 2. Klasse“ als abhängiger Variablen

Aussagen	Beta ¹	R-Square ² (in Prozent)
Zwischen Ost und West gibt es Unterschiede bei Lohn und Gehalt	.28	20,0
Die Wessis glauben, daß die Osis dumm und faul seien	.26	10,0
40 Jahre Trennung sind nicht so schnell zu überwinden	.19	3,6
Die Ostdeutschen sind am Arbeitsmarkt benachteiligt	.18	2,6
Das DDR-Regime hat einen „Scherbenhaufen“ hinterlassen	ns	–
Die westdeutsche Wirtschaft macht den Osten „platt“	ns	–
Die Wessis akzeptieren die Osis nicht	ns	–
Der Westen hat kein Interesse am „Aufbau Ost“	ns	–
R-Square ² (gesamt)	–	36,2

ns = nicht signifikant.

1 standardisierter Regressionskoeffizient; gibt die Wichtigkeit der einzelnen Variablen für das Gefühl, sich als Bürger 2. Klasse zu fühlen, an.

2 Anteil erklärter Varianz; Maß für die Erklärungskraft der einzelnen Variablen und des gesamten Modells.

Quelle: Eigene Darstellung.

nannt wurden. In einer weiteren Umfrage wurde schließlich nicht nur eine Auswahl der wichtigsten Aussagen nochmals abgefragt, sondern auch die „Bürger 2. Klasse“-Frage gestellt, um die Befunde unmittelbar miteinander in Beziehung setzen zu können (vgl. Tabelle 3).

Wiederum rangieren ökonomische sowie „historische“ Aspekte – nicht aber intellektuell-mentale Abwertungsaspekte – ganz oben auf der Zustimmungsskala, und zwar nicht nur bei allen Ostdeutschen, sondern auch bei denjenigen, die sich selbst als Bürger 2. Klasse fühlen. Setzt man die Aussagen im Rahmen einer Regressionsanalyse in Beziehung zum Gefühl „Bürger 2. Klasse“, so zeigt sich das in der Tabelle 4 dargestellte Bild.

Mit einer Erklärungskraft von 20 Prozent steht die ökonomische Benachteiligung ganz oben auf der Liste. An zweiter Stelle – immerhin – folgt mit 10 Prozent Abwertung im Sinne Pollacks. Damit zeigt sich die Relevanz beider Dimensionen – allerdings mit deutlichem Vorrang für die Ökonomie.

IV. Diskussion

Das Gefühl „Bürger 2. Klasse“ hat ganz offensichtlich mehrere Dimensionen oder Bedeutungsaspekte, die sich im Laufe der Zeit in ihrer relati-

ven Wichtigkeit verändert haben. Zwar haben die von Detlef Pollack thematisierten intellektuell-charakterlichen Abwertungsfaktoren eine nicht zu unterschätzende Bedeutung; verglichen mit sozio-ökonomischen Benachteiligungsempfindungen aber spielen sie nur eine sekundäre Rolle. Das Gefühl „Bürger 2. Klasse“ fußt primär auf diesem sozioökonomischen Benachteiligungsempfinden, das heute weitaus stärker als in den ersten ein bis zwei Jahren nach der Vereinigung die Ursachen der Benachteiligung im Nichtfunktionieren des politischen Systems (west-)deutscher Prägung verortet. In den Jahren unmittelbar nach der Vereinigung wurde das wirtschaftliche und soziale West-Ost-Gefälle eher noch als Erbe der Teilung und der DDR-„Mißwirtschaft“ empfunden. Daß sich aber die wirtschaftlichen und sozialen Lebensverhältnisse in den Augen vieler Ostdeutscher auch im siebten Jahr der Vereinigung noch nicht denen des Westens angeglichen haben, ist nun in erster Linie ein Versäumnis der Bundesregierung bzw. des Westens insgesamt. Und es ist damit auch ein Zeichen für Mißfunktionen in dem vom Westen importierten politischen System. Kein Wunder also, wenn die Unterstützung für dieses System zurückgeht; kein Wunder, wenn es zu einer – vielleicht auch verklärten – Rückbesinnung auf durch den Sozialismus propagierte Werte kommt.

Die Erkenntnis, daß Wohlstand zu vermehrter Akzeptanz desjenigen Systems führt, das den Wohlstand generiert, ist alt. Wir finden ein hervorragendes Beispiel hierfür in der unmittelbaren Nachkriegsgeschichte Westdeutschlands; wir finden Beispiele in den unterschiedlich erfolgreich ablaufenden Transformationsprozessen osteuropäischer Staaten; und wir sehen dafür ständig Beispiele im Rahmen unserer Meinungsumfragen in der Bundesrepublik – auch in den alten Bundesländern: Je mehr der eigene soziale Status als gesi-

chert wahrgenommen wird, desto uneingeschränkter ist die Befürwortung des politischen Systems – und umgekehrt. Wenn also die Bundesregierung in ihrem „Bericht zum Stand der deutschen Einheit“ die „innere“ von der „materiellen“ Einigung unterscheidet, so ist dies falsch: Es gibt nur die materielle – erst wenn diese erreicht ist, kann man in anderen Bereichen Angleichungen erwarten.

In Wirklichkeit also haben wir es hier gar nicht mit der Frage der „inneren Einheit“ oder gar der „inneren Mauer“ zu tun, sondern mit der *Frage der materiellen Einheit*. Das Gefühl, „Bürger 2. Klasse“ zu sein, kann unseres Erachtens nicht als Indikator für eine „Mauer“ herhalten, da es heute stärker denn je in Abhängigkeit von ökonomischen Wahrnehmungen zu sehen ist und somit deutlichen Schwankungen unterliegt. Wenn man schon die Frage nach der „inneren Mauer“ stellen muß, läßt sie sich nur anhand eines wirklich harten Indikators beantworten, nämlich anhand des Wunsches der Ostdeutschen, die Vereinigung rückgängig zu machen. Man muß nicht lange mutmaßen, wie die Bewohner der neuen Bundesländer zu dieser Frage stehen: Im September 1997 sprachen sich in einer EMNID-Umfrage ganze 13 Prozent der Ostdeutschen für das Rückgängigmachen der deutsch-deutschen Vereinigung aus; 84 Prozent bevorzugten hingegen den Status quo – zurück zur alten DDR will also praktisch keiner mehr.

Es ist somit nicht der Abbau der vermeintlichen „Überheblichkeit des Westens“, sondern vielmehr eine durchgreifende Änderung der Verhältnisse auf wirtschaftlicher Ebene, die einen Rückgang des Gefühls „Bürger 2. Klasse“ bewirken und den entscheidenden Beitrag zur „Einheit Deutschlands“ leisten wird. Mit anderen Worten: „*It's the economy, stupid!*“

Der Transformationsprozeß in Ost- und Westdeutschland und seine Folgen für das Geschlechterverhältnis

I. Ausgangspunkte: Gesellschaftliche Transformationen

1. Problemdruck

Die Bundesrepublik befindet sich in einer Krise, und zwar nicht aufgrund läßlicher „Krisenrhetorik“, die die Krise angeblich geradezu herbeiredet, sondern aufgrund eines zunehmenden Problemdruckes „auf allen Ebenen des Gemeinwesens und in den meisten Sektoren des öffentlichen Lebens“¹ und einer blockierten Gestaltungskraft nicht nur der politischen Klasse. Diese beiden Komponenten der Krise haben Ursachen: *Erstens* ist als längerfristiges Ergebnis des ökonomischen Strukturbruchs Mitte der siebziger Jahre festzuhalten, daß das Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik seither hinter dem hohen Tempo der Produktivitätsentwicklung zurückbleibt. Bei der von Konjunkturzyklus zu Konjunkturzyklus zunehmenden Arbeitslosigkeit gerät der Zusammenhang von gesellschaftlicher Reichtumsakkumulation und sozialstaatlicher Umverteilung mittlerweile deutlich aus den Fu-gen. Dabei ist ausdrücklich zu betonen, daß wir es (nur) mit einer Verlangsamung der Akkumulation als Ursache für die Zuspitzung der Umverteilungskonflikte zu tun haben und keineswegs mit einem realen Rückgang der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion. Die Bundesrepublik ist offenbar seit dem Auslaufen des Vereinigungsbooms 1992/93 und dem Wiedereinschwenken in den Verlauf des Weltmarktzyklus in eine Phase leichter Erholung mit

Diese Ausarbeitung ist in intensiver Diskussion mit Hasko Hüning, FU-Berlin, Kooperationspartner im Rahmen des von Hildegard Maria Nickel geleiteten DFG-Projektes „Frauen im betrieblichen Transformationsprozeß“ und Mitautor verschiedener Publikationen, die aus der gemeinsamen Forschung im Rahmen der Kommission zur Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW) hervorgegangen sind, entstanden.

1 Franz-Xaver Kaufmann, Schwindet die integrative Funktion des Sozialstaates?, in: Berliner Journal für Soziologie, 7 (1997) 1, S. 16.

allerdings stagnativer Grundtendenz eingetreten. Eine Bereinigung der Krise im langfristigen Strukturwandel steht noch aus. Auch die negativen Effekte der Transformation der ostdeutschen Wirtschaft sind noch zu bewältigen².

Zweitens führte diese Überlagerung verschiedener wirtschaftlich-sozialer Konfliktdimensionen politisch zu Handlungsblockaden. Die politischen Eliten der Bundesrepublik sind augenblicklich nicht in der Lage, eine gesellschaftlich akzeptierte und tragfähige Steuerung des Strukturwandels in Richtung einer Verstärkung des tertiären, bzw. Dienstleistungssektors durchzusetzen. So kommt es einerseits auf der neokonservativen Seite zu einer aggressiveren Verteidigung der marktregulierten Grundstrukturen der kapitalistischen Gesellschaft, die allein die Ökonomie zum Zentrum hat (Giddens) und sich weitgehend gleichgültig gegenüber sozialen Institutionen wie der Familie, den Kirchen, der Bildung, der Wissenschaft, der Kultur etc. verhält. Dem steht andererseits auf der politischen Linken angesichts des marktradikalen Angriffs auf die Sozialsysteme eine Position gegenüber, deren Vertreter auf Bewahrung bedacht sind und den Sozialstaat zu schützen suchen, aber weder die Kraft haben, neoliberale Positionen in den eigenen Reihen in die Minderheit zu drängen, noch wirkliche Wege weisen, die zu einer Stärkung von Realinvestitionen führen. Die Anhänger beider tendenziell fundamentalistischen Positionen im politischen Spektrum blockieren sich momentan wechselseitig, intellektuell wie politisch.

2. Brüche in der Geschlechterordnung: Teil des Problemstaus

Das Geschlechterverhältnis und die Lage von Frauen (und Kindern) sind Paradigmen für die Krise der Bundesrepublik, und zwar nicht nur inso-

2 Vgl. Hasko Hüning/Hildegard Maria Nickel, Großbetriebliche Dienstleistungen. Rascher Aufbau und harte Konsolidierung, in: Burghard Lutz/Hildegard Maria Nickel/Rudi Schmidt/Arndt Sorge, Arbeit, Arbeitsmarkt, Betriebe, Op-laden 1996, S. 297–346.

fern als der Sozialabbau auf die unmittelbaren Beziehungen durchschlägt und Frauen (und Kinder) den Sozialabbau als erste zu spüren bekommen. Vielmehr hat die Gleichzeitigkeit sozialer Ereignisse und die Tatsache, daß die Strukturkrise mit der Krise bzw. „Erosion“ der „alten“ Geschlechterordnung zusammenfällt, einen enormen „Verstärkereffekt“: Der „Problemstau“ verschärft sich auf dramatische Weise (wie sich zum Beispiel an der zunehmenden Kinder- und Jugendarmut zeigt), was allerdings nicht automatisch zu Lösungsstrategien im Sinne einer neuen demokratischen Geschlechter- und Generationenordnung führt.

Die „alte“ Geschlechterordnung war mit der Vorstellung verbunden, der Mann solle als ‚Ernährer‘ fungieren und durch einen ausreichenden Lohn ‚seine‘ Frau und ‚seine‘ Kinder unterhalten können. Diese – um das männlicherseits zu erzielende Familieneinkommen³ – aufgebaute Geschlechterordnung bestimmte die Sozialpolitik der Bundesrepublik (wie der meisten Wohlfahrtsstaaten) über einen langen Zeitraum, mehr noch, dieses Modell ist in die geschlechtlichen Verteilungsstrukturen bis heute tief eingeschrieben (und auch eine Ursache für die wachsende Kinderarmut).

Mit dem Ausbau des Wohlfahrtssystems in der Bundesrepublik begann sukzessive aber auch ein gegenläufiger Prozeß: Um die Härten des Marktes abzufedern, wurden schrittweise Sicherungsleistungen verschiedenster Art eingeführt und ausgebaut (Sozialhilfe, Ausbildungshilfe, Wohngeld etc.), und der bzw. die einzelne wurde unabhängiger von der Familie. Die Logik individueller Lebensentwürfe wurde gefördert, auch bezogen auf Frauen. Die seit mindestens 20 Jahren wachsenden Scheidungszahlen zeigen mit aller Deutlichkeit die Fragilität der alten Geschlechterordnung. Frauen wurden aus traditionellen, ihre Versorgung sichernden Bindungen freigesetzt, tradierte Geschlechterrollen begannen sich aufzulösen und die patriarchalisch strukturierte Familienform wurde in Frage gestellt. Frauen drängen – und zwar primär aus Gründen ihrer Existenzsicherung – auf den Arbeitsmarkt, finden sich allerdings nur zu einem geringen Teil in seinem formellen Sektor wieder: „Das Krachen im Gebälk der Wohlfahrtsstaaten hat auch mit ... dem Ausmaß der informellen Erwerbsarbeit ... (und) geringen Einkommen, die Frauen auf dem formellen Arbeitsmarkt erzielen“⁴, zu tun. Die mit

der Auflösung des alten Geschlechtervertrages verbundenen Probleme haben also massive Rückwirkungen auf die Finanzierbarkeit des Sozialstaates der Bundesrepublik.

3. Sozialstaat und Geschlechterkampf um Arbeit

Der Sozialstaat der Bundesrepublik machte es sich zur Aufgabe, Umverteilungen zugunsten der nicht erwerbstätigen Bevölkerungsteile vorzunehmen und Dienstleistungen anzubieten, die zuvor wesentlich in privaten Händen – also in der Familie – lagen. Diese sozialstaatliche Vermittlung hat ohne Zweifel Freiräume für Frauen geschaffen. Zunehmende Erwerbstätigkeit und auch staatlich gestützte ökonomische Eigenständigkeit zum Beispiel machten eine breite soziale und kulturelle Teilhabe großer Bevölkerungsschichten am Volkswohlstand möglich. Diese sozialstaatlichen Rahmenbedingungen haben zum Beispiel durch wachsende Transferleistungen (Bafög, Sozialhilfe etc.) eine Zurückdrängung der Familie als ökonomisches Umverteilungszentrum bewirkt. In bescheidenem Maße wurden Ungleichgewichte und Benachteiligungen in der Verteilung der Primäreinkommen (Löhne und Gehälter aus Erwerbsarbeit) ausgeglichen. Dagegen treibt die Politik der Modernisierung des Produktionsapparates seit Beginn der achtziger Jahre, die mit diversen Flexibilisierungs-, Deregulierungs- und anderen Sparmaßnahmen verbunden ist, die Unterschiede wieder krasser hervor.

Allerdings ist es zu einfach, in diesem Zusammenhang schlichtweg von einer rückwärts gewandten Familienideologie zu sprechen. Vielmehr haben wir es mit einer „modernisierten“ Familien- und Frauenpolitik zu tun, und zwar nach dem Motto: Jede Frau kann frei wählen, wie sie ihr Leben gestaltet. Die Position hat durchaus Attraktivität und Anziehungskraft entfaltet und breite Resonanz gefunden. Leitbild dieser Politik ist der/die unabhängige einzelne als Leistungsträger sowie die Familie als freiwillige Assoziation eben dieser Leistungsträger. Die Familie erfährt „unter der Hand“ eine ökonomische Wiederaufwertung im Bereich der Primäreinkommen. Dieses Konzept ist in die Deregulierung und Zurückschneidung sozialer Verteilungsverhältnisse seit 1982 eingepaßt: Wenn die Frau es nicht schafft, sich auf dem Arbeitsmarkt karriereorientiert durchzusetzen und/oder es ihr nicht gelingt, sich mit dem „richtigen“ männlichen Partner zusammenzutun, so stehen für sie (und ihre Kinder) nur „verschlankte“ Rechte auf Umverteilung und auf solidarische Hilfe bereit. Die neokonservative Antwort – Kopie und Transformierung ökonomistischer,

3 Vgl. Gosta Esping-Andersen (Hrsg.), *Welfare States in Transition – National Adaptions in Global Economies*, London 1996, S. 67–87.

4 Inge Rowhain-Emmemoser, *Die Folgen sind für Frauen katastrophal und existenzbedrohend*, in: *Frankfurter Rundschau* vom 7. April 1997, S. 11.

betriebswirtschaftlicher Strategien auf sämtliche gesellschaftliche Sphären – ist die Deregulierung der Sozialverhältnisse und der Ruf nach einer vermehrten Anstrengung des einzelnen Individuums. Das von „Sozialballast“, „Ansprüchen“ und „sozialem Mißbrauch“ freie, entfesselt kämpfende Individuum, das nun als vereinzelt Subjekt auch weiblich sein darf, ist gefragt. Die sozialwissenschaftliche Ungleichheitsforschung belegt nun allerdings empirisch: Eine Versöhnung der Lebensbereiche – das heißt der Erwerbs- und Familiensphäre – trat bisher nicht ein, die Spaltung und Polarisierung der Lebenschancen von Männern und Frauen ist nicht aufgehoben, und unter Frauen vertiefen sie sich sogar eher.

Der vielschichtige Transformationsprozeß in der Bundesrepublik verschärft also drastisch Verteilungskämpfe um knappe Ressourcen, vor allem auch den (Geschlechter-)Kampf um (Erwerbs-)Arbeit. Das bekommen ostdeutsche Frauen derzeit besonders hart zu spüren. Sie könnten aber auch zugleich diejenigen sein, die den Verteilungskonflikt um Arbeit zuspitzen und den beschäftigungspolitischen und sozialstaatlichen Erneuerungsbedarf in der Bundesrepublik mit aller Deutlichkeit sichtbar machen⁵.

4. Vom „Gleichstellungsvorsprung“ zum erodierenden männlichen Normalarbeitsverhältnis

Der Frauenerwerbsarbeit kommt bis heute in den neuen Bundesländern ein anderer Stellenwert zu als in den alten. Die DDR hatte auf Gleichberechtigung gesetzt, und zwar durch verallgemeinerte, auf Frauen und Männer gleichermaßen bezogene Erwerbsarbeit und eine die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Berufsarbeit stützende Sozialpolitik. Das war die Basis für den von westdeutschen Sozialwissenschaftlern eingeräumten „Gleichstellungsvorsprung ostdeutscher Frauen“⁶ gegenüber westdeutschen. Demgegenüber bremste die Bundesrepublik den über Erwerbsarbeit sich vermittelnden Individualisierungsprozeß der Frauen – ohne ihn freilich ganz aufhalten zu können – ab, indem sie an dem traditionellen Geschlechtermodell der industriellen Moderne ansetzte und es sozialpolitisch befestigte. Der „Gleichstellungsvorsprung“ der ostdeutschen Frauen – vor allem hinsichtlich ihrer Stellung im Erwerbsprozeß – ist bis heute ein irritierendes Spezifikum im deutschen Vereinigungsprozeß. Während die einen meinen, das erledige sich durch

An- und Einpassung in die altbundesrepublikanischen Verhältnisse und durch Angleichung an diese Art von Moderne von selbst, so sehen andere in dem „Gleichstellungsvorsprung“ einen bedrohlichen,⁷ allerdings auch nicht rückgängig zu machenden generellen Trend⁸, zumal er sich im Sinne steigender Erwerbsquoten von Frauen längst vor der deutschen Vereinigung in den alten Bundesländern durchzusetzen begann.

Das vorwiegende, mittlerweile nahezu stereotype Theorem in der Debatte über die sozialen Folgen der Vereinigung ist allerdings das von den Ost-Frauen als den „Modernisierungsopfern“ oder „Vereinigungsverliererinnen“. Frauen erscheinen zumeist in Bildern, die für Passivität und „Geschehen lassen“ stehen. Auf der symbolischen Ebene reproduzieren sie ein Geschlechtermuster, das die Opferhaltung des weiblichen Geschlechts gleichsam selbstverständlich voraussetzt. Und in der Tat belegt eine Reihe von Fakten – von der zunehmenden weiblichen Langzeitarbeitslosigkeit in Ostdeutschland bis zur Zunahme der Armut von Alleinerziehenden – die Schlechterstellung von Frauen. Das ist also gar nicht zu bezweifeln. Allerdings ist sowohl die Eindimensionalität wie auch die Generalisierung des Theorems kritisch zu prüfen. Empirische Daten zeigen folgendes:

– Bis heute ist die Erwerbsquote von Frauen in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland; 66 Prozent der ostdeutschen Frauen übten 1995 eine sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung aus, in Westdeutschland waren das nur 45 Prozent. Mit anderen Worten: Für die eigenständige Sicherung der Frauen ist die Lage in Westdeutschland unbefriedigender als in Ostdeutschland⁹.

– Der Transformationsprozeß in Ostdeutschland hat – bei insgesamt vergleichsweise niedrigen Haushaltseinkommen – viele Frauen zu „Haupternährern“ ihrer Familien gemacht, und das Einkommen der Frauen macht hier im Durchschnitt knapp 50 Prozent des Haushaltseinkommens aus (in Westdeutschland ein Drittel). Das hat Konsequenzen für die Geschlechterbeziehungen und könnte ein Geschlechterarrangement mittelfristig begünstigen, das auf „flachhierarchisierte“ Komplementarität setzt. Mehr noch, die Erwerbsbetei-

7 Vgl. Walter Heering/Klaus Schroeder, Zur Entwicklung der Frauenbeschäftigung, in: Deutschland Archiv, 29 (1996) 3.

8 Vgl. Reinhard Kreckel, Makrosoziologische Überlegungen zum Kampf um Normal- und Teilzeitarbeit im Geschlechterverhältnis, in: Berliner Journal für Soziologie, 5 (1995) 4.

9 Vgl. Erwerbstätigkeit von Frauen in Ost- und Westdeutschland weiterhin von steigender Bedeutung, in: DIW-Wochenbericht, 63 (1996) 28.

5 Vgl. Hildegard Maria Nickel, Frauen im Umbruch der Gesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36–37/95.
6 Rainer Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands, Op-laden 1996².

ligung vor allem der Mütter mit jüngeren Kindern ist in den neuen Bundesländern wesentlich höher als im früheren Bundesgebiet. Dies dürfte ein Grund dafür sein, warum in Ostdeutschland der Anteil „ökonomisch schwieriger Lagen“ bei Ehepaaren mit Kindern durchweg niedriger ist als in Westdeutschland¹⁰.

– In Ostdeutschland führten die Schwierigkeiten des Transformationsprozesses bisher nicht zu der erwarteten Hinwendung zu einem traditionellen Geschlechtermodell, sondern die „Daten deuten darauf hin, daß die Menschen in den neuen Bundesländern in der Vergangenheit gute Erfahrungen mit der Doppelrolle der Frau gemacht haben“, so daß die Bilanz im Jahre 1995 zur Einstellung zur Berufstätigkeit der Frauen lautet: „Steigende Zustimmung im Osten, Stagnation (bzw. Rückgang) im Westen“¹¹. Und laut Datenreport 97 meinen zwar 46 Prozent der Westdeutschen, aber nur 33 Prozent der Ostdeutschen, eine Frau solle auf eine Berufstätigkeit verzichten, wenn es nur eine begrenzte Anzahl von Arbeitsplätzen gibt. Die Hälfte der Westdeutschen – gegenüber nur einem Viertel der Ostdeutschen – hält es auch für alle Beteiligten für besser, „wenn der Mann voll im Berufsleben steht und die Frau zu Hause bleibt und sich um den Haushalt und die Kinder kümmert“¹².

– Und schließlich hat sich insgesamt bestätigt, daß Frauen aufgrund der starken Segregation in den Beschäftigtenstrukturen der DDR und der Tatsache, daß sie 1989 überproportional viele Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor „einnahmen“, im Übergang in die Marktwirtschaft einen gewissen „Heimvorteil“ hatten¹³. Ein Großteil der erwerbstätigen Frauen war von den Massenentlassungen im Zuge der Deindustrialisierung in Ostdeutschland zunächst nicht unmittelbar betroffen und hat den Umbau des Arbeitsmarktes unter Bedingungen einer „abgedämpften“ Geschlechterkonkurrenz erlebt. Für nicht wenige Frauen bedeutete das, daß sie eine vergleichsweise günstige Ausgangsposition für den „Sprung in die Marktwirtschaft“ hatten und ihren beruflichen Ein- und Aufstieg – wie beispielsweise im Finanzdienstleistungssektor – anfangs relativ bruchlos bewältigen konnten.

10 Bernd Eggen, Einkommenslagen und wirtschaftlich schwierige Situationen, in: Sozialer Fortschritt, (1997)3.

11 Einstellung zur Berufstätigkeit der Frau. Steigende Zustimmung im Osten, Stagnation im Westen, in: Informationsdienst soziale Indikatoren (ISI), Nr. 13 vom Januar 1995, S. 6–9.

12 Datenreport 97, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Bonn 1997, S. 452.

13 Vgl. H. M. Nickel (Anm. 5).

5. Weibliche „Widerständigkeit“

Mittlerweile zeigt sich allerdings auch, daß trotz aller Selbstbehauptung, Qualifizierungs- und Mobilitätsbereitschaft – „Widerständigkeit“ –, die ostdeutsche Frauen an den Tag legen, um ihre Erwerbspositionen zu verteidigen, der Verdrängungskampf zu ihren Ungunsten längst in vollem Gange ist. Darüber hinaus sind inzwischen gewaltige soziale Differenzierungen auszumachen, die für nicht wenige bedeuten, daß sie trotz beruflicher Arbeit von ihrem Erwerbseinkommen oft nicht mehr eigenständig existieren können¹⁴.

Ist das momentan zu konstatierende Beharrungsvermögen eines ostdeutschen Geschlechterarrangements und die Widerständigkeit von Ostfrauen gegen die Abdrängung vom Arbeitsmarkt lediglich als ein „temporärer Sonderweg“ zu verstehen, der sich mit dem Generationenwechsel schnell verwachsen wird? Oder stellt das „Modell Ost“ die „Zukunft West“ für Frauen und Männer dar? Hat in den neuen Bundesländern möglicherweise eine strukturbedingte Feminisierung männlicher Erwerbsbiographien stattgefunden (geringe Einkommen, prekäre Beschäftigung, Scheinselbstständige etc.), die eine Angleichung nach unten, also an Frauenbeschäftigung, beinhaltet und das Geschlechterarrangement lediglich in diesem Sinne demokratisiert? Wird vielleicht gerade damit – also mit der Angleichung nach unten – eine gesamtdeutsche Zukunft vorweggenommen? Oder bleibt im Geschlechterverhältnis vielleicht doch alles beim alten, weil der „Fahrstuhleffekt“ – um das von Ulrich Beck¹⁵ für die siebziger und achtziger Jahre geprägte Bild spiegelverkehrt nochmals aufzunehmen – in den neunziger Jahren nur eine allgemeine, alle soziale Gruppen betreffende Abwärtsspirale ist? Liegt möglicherweise gerade in der Transformationskrise – die ja längst auch das „männliche Normalarbeitsverhältnis“ erfaßt hat – eine Chance zur Demokratisierung des Geschlechterverhältnisses?

Das sind nur einige der Fragen, die sich vor dem Hintergrund der sehr widersprüchlichen empirischen Befunde stellen. Es gibt zur Zeit keine klaren Antworten. Der gesellschaftliche Transformationsprozeß in Ost und West ist längst noch nicht abgeschlossen, welche Folgen er insgesamt für das Geschlechterverhältnis haben wird, ist momentan ungewiß. Allerdings lassen sich Tendenzen erkennen.

14 Vgl. Hasko Hüning/Hildegard Maria Nickel (Hrsg.), Großbetriebliche Dienstleistungen. Bruch, Anpassung, Neuformierung, Opladen 1997.

15 Ulrich Beck, Die Risikogesellschaft, Frankfurt am Main 1986.

II. Frauenerwerbsarbeit in den neuen Bundesländern: Schatten und Spektralfarben des Dienstleistungssektors

Im folgenden sollen Beispiele des großbetrieblichen (privaten) Dienstleistungssektors in den neuen Bundesländern grob umrissen werden. Insgesamt geht es nicht nur darum, widersprüchliche Entwicklungslinien des Sektors, in dem die Masse der Frauen zur Zeit beschäftigt ist, aufzuzeigen, sondern es soll auch nach den Potentialen gefragt werden, die der Bereich für die Erwerbsintegration von Frauen mittelfristig beinhaltet. Beschäftigungsseitig ist bei aller Heterogenität im einzelnen ein außerordentlich dynamischer Entwicklungsverlauf zu konstatieren, der auch Ende der neunziger Jahre nicht an Dramatik verloren hat. Auf einer Zeitachse lassen sich zunächst folgende Veränderungen erkennen¹⁶:

1. Im Zuge der deutschen Vereinigung und des Vereinigungsbooms 1990–1992 dynamisierte sich – kurzzeitig und wie erwartet – die Entwicklung des Dienstleistungssektors in den neuen Bundesländern. Banken und Sparkassen, Versicherungen, Groß- und Einzelhandel waren sowohl Nutznießer als auch Protagonisten im „Aufschwung Ost“. Die Zahl der Beschäftigten in diesem Bereich expandierte deutlich. Nach der beeindruckenden Steigerung in der *Aufbauphase* ist seit Ende 1993/Anfang 1994 der Beschäftigungszentit allerdings schon wieder überschritten, und *beschäftigungsseitig* ist der Sektor seitdem in eine *Konsolidierungsphase* eingetreten. In Zahlen ausgedrückt, bedeutet das: Im Gegensatz zum permanenten Rückgang der Erwerbstätigen in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft, das heißt in dem primären Sektor (von zirka 900 000 auf 200 000), und im warenproduzierenden Gewerbe, dem sekundären Sektor (von zirka 4 Millionen auf 2,3 Millionen), ist im Dienstleistungs- oder tertiären Sektor eine Zunahme der Erwerbstätigenzahl von 3,6 Millionen auf 4 Millionen zu konstatieren.

2. Entgegen der Entwicklung im Industriebereich fand seit 1990 im großbetrieblich strukturierten Dienstleistungssektor in weiten Teilen eine nahezu vollständige Übernahme ganzer Unternehmen und Betriebsteile inklusive der Belegschaft statt. Die Übertragung der Organisations- und Arbeitsstrukturen des jeweiligen „Modells West“ in die

neuen Bundesländer ist – wie Untersuchungen in Banken, Versicherungen und Sparkassen zeigen – nicht nach einem einheitlichen Schema erfolgt. In den fusionierten bzw. übernommenen Dienstleistungsbetrieben haben sich entlang *variierender Unternehmensstrategien* und unter aktiver Mitwirkung von ost- wie westdeutschen Führungskräften ostdeutsche Spezifika erhalten (zum Beispiel ein im Osten deutlich höherer Anteil von Frauen in mittleren Führungspositionen).

3. Der Dienstleistungssektor war zu DDR-Zeiten nahezu ausschließlich ein Frauensektor (Anteil: 90 Prozent); er ist auch 1995/96 noch mit einem Anteil von zirka 70 Prozent weiblichen Beschäftigten „mittelhoch“ segregiert. Im Prozeß der Neustrukturierung der internen Arbeitsmärkte sehen sich die in den Betrieben verbliebenen Frauen aber zunehmend einem subtilen Verdrängungsprozeß ausgesetzt, der sich nicht nur über Mechanismen der Personalrekrutierung durchsetzt, sondern auch über betriebliche Arbeitszeitregelungen, Mobilitätsanforderungen und – vor allem in Leitungspositionen – über „Dauerpräsenz“ und erhöhten Anforderungsdruck¹⁷.

4. Eine Untersuchung¹⁸, die erst 1996 gestartet ist, läßt erkennen, daß die bundesdeutsche Arbeitsmarktkrise den Dienstleistungssektor in den neuen Bundesländern mittlerweile voll erfaßt hat und er nicht – jedenfalls zur Zeit nicht – als „Hoffnungsträger für Beschäftigung“ gelten kann. Ein Beispiel dafür ist die Fusionierung der beiden deutschen Bahnen in der Deutschen Bahn AG. Der Privatisierungsprozeß in diesem Unternehmen wirft seine Schatten voraus, mit dem Effekt, daß sich Diskontinuität für die ostdeutschen Beschäftigten verstetigt, erwerbsbiographische Umbrüche für sie zur „Normalität“ werden und Sicherheit sich auch für diejenigen nicht mehr herstellt, die die Erschütterungen der „Wende“ zunächst mit dem Erhalt ihres Arbeitsplatzes überstanden hatten. „Auf Dauer gestellte Diskontinuität“ ist – auf eine knappe Formel gebracht – der Effekt dieser betrieblichen Integration¹⁹.

17 Vgl. dies., (Anm. 2).

18 Vgl. Hasko Hüning/Hildegard Maria Nickel u. a., Frauen im betrieblichen Transformationsprozeß am Beispiel Deutsche Bahn, DFG-Projekt 1996–1998. An dem Projekt arbeiten mit: Michael Frey, Alexandra Manske, Iris Peinl, Ulrike Stodt, Susanne Völker.

19 Einer kürzlich veröffentlichten Studie zufolge sollen im kommenden Jahrzehnt durch den Einsatz neuer Technologien insgesamt drei Viertel aller Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor obsolet werden! Umgerechnet auf Branchen lauten die Zahlen: Jeder zweite Arbeitsplatz im Handel, 61 Prozent der Arbeitsplätze im Bankgewerbe und 46 Prozent der Arbeits-

16 Vgl. H. Hüning/H. M. Nickel (Anm. 14).

Der Dienstleistungssektor ist ein außerordentlich heterogenes Erwerbsfeld. Daher soll versucht werden, auf einzelne Bereiche etwas genauer einzugehen und entlang ausgewählter Dienstleistungssegmente zu argumentieren. Nicht zu allen Segmenten liegen hinreichende empirische Forschungsergebnisse vor. Bezogen auf den Finanzdienstleistungssektor²⁰ und auch für den Handel²¹ kann jedoch auf eine ganze Reihe von Befunden zurückgegriffen werden. Der Pflegebereich²² ist bislang, obwohl er in den neuen Bundesländern noch immer eine Frauendomäne ist, unter dem Geschlechteraspekt bedauerlicherweise wenig analysiert worden. Laufende eigene Untersuchungen beziehen sich auf Frauen im betrieblichen Transformationsprozeß der Verkehrsbranche, das heißt auf die Deutsche Bahn AG²³.

1. Handel: Trotz Fleiß kein Preis?

Der betriebliche Transformationsprozeß im Einzelhandel wird von einer geschlechtsspezifischen Umstrukturierung auf den internen Arbeitsmärkten begleitet. Wenngleich der Einzelhandel auch 1994 noch mit einem Frauenanteil von 64,2 Prozent eine Frauenbranche darstellt (und offensichtlich auch bleiben wird), ist dennoch der weibliche Anteil an den Erwerbstätigen von 1991 bis 1994 gravierend gesunken²⁴. Bei den Entlassenen – bei insgesamt bis 1994 wachsenden Beschäftigungszahlen – aus den ehemaligen DDR-Einzelhandelsinstitutionen han-

plätze im öffentlichen Verwaltungsbereich könnten im Zuge der nächsten Rationalisierungswelle betroffen sein und im schlimmsten Falle wegfallen. (Erschrockener Professor über Forschungsergebnisse an der Universität Würzburg, in: Frankfurter Rundschau vom 12. Juni 1997.)

20 Vgl. Hasko Hüning/Hildegard Maria Nickel u. a., Finanzdienstleistungsbeschäftigung im Umbruch, Forschungsbericht, Opladen 1997 (i. E.).

21 Vgl. Elke Hilf/Heike Jacobsen, Einzelhandel in den neuen Bundesländern, Abschlußbericht der Sfs (Sozialforschungsstelle) Dortmund 1995.

22 Vgl. Martina Skogvall, Das weibliche Handlungsfeld „Pflege“, in: H. Hüning/H. M. Nickel (Anm. 14).

23 Mit aller gebotenen Vorsicht werden hier bereits erste (vorläufige) Befunde angesprochen. Der Abschlußbericht für das genannte Projekt ist allerdings erst im Jahre 1998 geplant. Erst dann wird es möglich sein, die Differenziertheit der Ergebnisse entfalten zu können (vgl. H. Hüning/H. M. Nickel u. a. [Anm. 18]).

24 Ende 1990 ist von 490 000 Beschäftigten im Handel in den neuen Bundesländern auszugehen, davon waren 73 Prozent Frauen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ergab sich zwischen 1991 und 1994 folgende Entwicklung: Die Zahl der Beschäftigten betrug 1991 zirka 591 000, darunter 71,9 Prozent Frauen. Bis 1994 sind weitere Beschäftigungszuwächse zu verzeichnen, und die Zahl der Erwerbspersonen im Handel stieg auf 632 000. Aber der Frauenanteil sank prozentual gesehen auf 64,2 Prozent (406 000 Frauen und 226 000 Männer)!

delt es sich vorrangig um (ältere) Frauen. Demgegenüber wurden in der betrieblichen Aufbauphase (junge) branchenfremde Männer häufiger in ein neues Arbeitsverhältnis übernommen als Frauen. Nur in beschränktem Umfang wurde bei der Restrukturierung von Personal Wert auf die Nutzung von handelsspezifisch qualifizierter und erfahrener Leitungsarbeit gelegt, die 1988 in der DDR in der Branche Handel und Versorgung zu 62 Prozent von Frauen wahrgenommen wurde. Vielmehr hat man die ehemaligen betrieblichen Hierarchien „entschlackt“ und westdeutsche, zumeist männliche Führungskräfte mit dem Management betraut. Auf diesem Wege wurden überproportional viele Frauen von Leitungsfunktionen entbunden, und in nur wenigen Fällen gelang es ihnen – nach (auch formal) anerkannten Qualifizierungsmaßnahmen –, mittlere Leitungspositionen einzunehmen.

Diese Neustrukturierung des Geschlechterverhältnisses im Einzelhandel Ostdeutschlands schlägt sich auch in prekären Arbeits(zeit)verhältnissen und dementsprechend niedrigen monatlichen Nettoeinkommen der Frauen nieder: 1994 betrug das monatliche Nettoeinkommen der weiblichen Beschäftigten im Handel 1 354 DM, das der Männer 1 893 DM. Insbesondere für den Handel gilt, daß Frauen zunehmend in Erwerbspositionen zu finden sind, die keine ausreichende Existenzsicherung mehr bieten. Mit anderen Worten, es wächst auch in Ostdeutschland jene soziale Gruppe von Frauen, die trotz eigener Erwerbsarbeit von Versorgungsleistungen Dritter (Ehemann, Staat) abhängig bzw. die in ungeschützte, prekäre Verhältnisse gestellt ist.

2. Finanzdienstleistungsunternehmen: Frauen auf dem Weg nach oben?

In der *Aufbauphase* hatten ostdeutsche Frauen aufgrund der geschlechtsspezifischen Segregation der DDR-Erwerbsarbeit in Sparkassen, Banken und Versicherungen gute Chancen für die Fortsetzung ihrer Erwerbsarbeit. Sie wurden in der Regel nicht nur nicht entlassen, sondern kamen auch im Rahmen eines Einstellungsbooms im Zeitraum 1990/91 für Personal mit kaufmännischer Ausbildung zum Zuge.

Die Mehrzahl der Frauen erhielt durch die anschließende betriebliche *Qualifizierungsoffensive* eine moderne, dem westlichen Standard des Sektors entsprechende Basisqualifikation. Das eröffnete ihnen nicht nur Chancen zur Weiterbeschäftigung, sondern höhere Qualifikationen stellten für junge Frauen in dieser ersten Phase auch eine Brücke für die Aufnahme leitender Tätigkeiten im mittleren Management oder für eine Spe-

zialisierung im Finanzgeschäft dar. So ist bis heute der Frauenanteil in der dritten, vor allem aber vierten Führungsebene (das sind Filialleiterinnen und Gruppenleiterinnen) in den meisten untersuchten Unternehmen in den neuen Bundesländern höher als in den alten.

In der *Konsolidierungsphase* – also ab 1993/94 – gerieten die 51 000 Beschäftigten, vor allem Frauen, allerdings zunehmend in die Defensive, und dies aus mehreren Gründen: Der ökonomische und soziale Bedeutungsgewinn der Finanzbranche im Osten Deutschlands schlägt sich seither in einer Erhöhung des männlichen Bewerberanteils auf Ausbildungsstellen nieder. Es entspricht personalpolitischer Praxis, daß männliche Lehrstellenanwärter – nicht selten trotz schlechterer Schulleistungen – in den Auswahlverfahren bevorzugt werden. Darüber hinaus trifft die Wegrationalisierung überwiegend manueller Tätigkeiten besonders im Zentralbereich von Versicherungen und im Back-office-Bereich der Sparkassen und Banken vorwiegend niedrig qualifizierte Frauen. Vor allem die älteren unter diesen haben geringe Chancen, über den Erwerb zusätzlicher Qualifikationen ihre Beschäftigungspositionen zu halten. Mit der Auslagerung von Betriebsfunktionen sowie der Verlagerung von bisherigen Zentralfunktionen in die dezentralen Beschäftigungsbereiche sind in der Finanzdienstleistungsbranche Ansätze eines ‚Lean Banking‘ erkennbar. Auch hier werden untere und mittlere Managementebenen der einzelnen Unternehmensbereiche „entschlackt“. Dies könnte sich – sind das doch gerade jene Positionen, in denen Frauen vertreten sind – als eine „Modernisierungsfalle“²⁵ für ambitionierte Frauen erweisen²⁶.

Auch in den Finanzdienstleistungsunternehmen – wie im tertiären Wirtschaftssektor insgesamt – manifestiert sich die Ungleichstellung von Frauen in geschlechtstypischen Arbeitszeitmodellen, allerdings mit der generellen Tendenz, daß ostdeutsche Frauen persönlich ein großes Interesse haben, an einer Vollzeitstelle festzuhalten, – und in der sich weiter öffnenden Lohnschere zu ihren Ungunsten. Dennoch ist für diese Branche momentan noch

25 Vgl. H. M. Nickel (Anm. 5).

26 Im Rahmen studentischer Qualifizierungsarbeiten wird nochmals die von uns im Jahre 1993 gestellte Frage nach dem Verbleib ehemaliger Zweigstellenleiterinnen der Sparkasse Berlin-Ost aufgenommen. Zunächst sah es noch so aus, als würden sich für diese Frauen nach entsprechender Qualifizierung tatsächlich Aufstiegskorridore eröffnen. Jetzt ist allerdings zu vermuten, daß nicht eine der insgesamt 73 ehemaligen Zweigstellenleiterinnen einen Aufstieg geschafft hat, mehr noch, in der Regel konnten sie anscheinend nicht einmal ihre Übergangspositionen halten (vgl. H. Hüning/H. M. Nickel u. a. [Anm. 20]).

offen, ob sich der Prozeß der Neustrukturierung von Erwerbsarbeit zugunsten männlicher Beschäftigung so ohne weiteres *linear* fortschreiben wird: So befinden sich in den seit Ende 1993/Anfang 1994 nahezu geschlossenen internen Arbeitsmärkten in der Mehrheit Frauen, nämlich bis zu zirka 68 Prozent, mit neuerworbenen Basis- und modernen Fach- sowie zum Teil Führungsqualifikationen. Angesichts dieser Tatsache kann einerseits angenommen werden, daß Frauen Chancen haben, sich mittelfristig zu behaupten, ja sogar, daß der Frauenanteil auch an den Führungskräften steigen wird²⁷. Andererseits ist – wegen des antizipierbaren dramatischen Personalabbaus in der Branche ab Ende der neunziger Jahre – der jetzige ‚Standortvorteil‘ der Frauen mehr als labil. Inwieweit sie auf diese Strukturveränderungen „widerständig“ und gestaltend zu antworten vermögen, ist noch ungewiß, zumal sich die Anforderungen an die zeitliche und räumliche Flexibilität des Einsatzes erhöhen und die Arbeitsstrukturen zunehmend auf eine „ganzheitliche“, eine „totale“ – alle Reserven der Lebenszeit betreffende – Nutzung qualifizierter menschlicher Arbeitskraft zielen²⁸. Mit dieser Entwicklung werden sich allerdings auch Qualifikationsanforderungen in Richtung ‚extrafunktionaler Arbeitstugenden‘, wie Teamfähigkeit, Verantwortung und Kundenfreundlichkeit, erweitern. Das wiederum könnte die Konkurrenzfähigkeit „weiblicher“ Qualifikationen erhöhen und die Position von Frauen bei der insgesamt schlechter werdenden Lage in diesem Feld tendenziell begünstigen.

3. Deutsche Bahn AG: Auf Dauer gestellte Diskontinuität?

Der Stand der Forschung, das sei nochmals betont, erlaubt nur erste Einblicke und sehr vorsichtige Verallgemeinerungen, aber soviel ist schon jetzt klar erkennbar: Die ostdeutschen Beschäftigten – Männer wie Frauen – durchlaufen seit 1990 einen Prozeß permanenter Diskontinuität. Für die Deutsche Reichsbahn (DR) war die Zeit bis zur Vereinigung der beiden Verkehrsunternehmen im Jahre 1994 von Unsicherheit und drastischem Personalabbau gekennzeichnet: 1990 hatte die DR 222 841 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, Ende 1993 nur noch 137 638. Der Frauenanteil sank von 1990 bis 1993 von 32 auf 28 Prozent. Seit der Vereinigung beider deutschen Bahnen zur DB-AG setzt sich dieser Prozeß weiter fort. Allerdings sind auch in diesem Beschäftigungssegment gegenläufige

27 Vgl. dies. u. a. (Anm. 14).

28 Vgl. dies. u. a. (Anm. 20).

Tendenzen feststellbar, von denen insbesondere Frauen schließlich doch noch profitieren könnten: Geschäftsbereiche im Service und mit Kundennähe, wie zum Beispiel der Geschäftsbereich Personenbahnhöfe, sind im Aufwind; hier kommt es sogar zum *Ausbau* der Beschäftigtenzahlen. 1994 waren in diesem Bereich 3 573 Personen beschäftigt, Ende 1995 bereits 7 686. Chancen haben diejenigen, die kundenfreundlich, kommunikativ und teamfähig sind, Fähigkeiten, die insbesondere Frauen zugeschrieben werden; zugleich sollen die hier Beschäftigten aber auch mobil und flexibel sein. Die Umbauprozesse sind also mit einem enormen Druck auf die Mobilitätsbereitschaft der Beschäftigten verbunden: Zur Förderung der Mobilität ist zum Beispiel sogar eine „Task Force Personalausgleich“ gegründet worden, die ostdeutschen Beschäftigten sollen verstärkt für die „West-Wanderung“ gewonnen werden. Daß das Konsequenzen für deren Lebensalltag, insbesondere den der weiblichen Beschäftigten, haben muß, liegt auf der Hand. Viele von ihnen sind skeptisch, vor allem auch weil sie im Laufe der Jahre die Erfahrung gemacht haben, daß selbst Mobilitätsbereitschaft kein Schutz vor Personalabbau ist.

4. Soziale Differenzierungen

Die Untersuchungen zeigen, daß das Merkmal ‚Geschlecht‘ eine zentrale „Platzanweiserfunktion“ im härter werdenden Verteilungskampf um Arbeit hat, vor allem auch im Kampf um Einkommen und Positionen. Sie zeigen zugleich, daß es neue Differenzierungen und Hierarchien gibt, und zwar *innerhalb* der Gruppe der Frauen. Im Rahmen der Untersuchungen im Finanzdienstleistungssektor sind wir darauf gestoßen, daß eine Gruppe von Frauen – vor allem in der in den alten Bundesländern weitgehend ‚frauenfreien‘ Versicherungsbranche – erstaunlich gute Aufstiegschancen hat und diese auch zu nutzen weiß: Das sind Frauen mittleren Alters (zur Wende waren sie zwischen 30 und 40 Jahre alt), die bereits zu DDR-Zeiten stark bildungs-, leistungs- und aufstiegsmotiviert waren, Leitungserfahrungen mitbringen und die Familienphase zum Zeitpunkt der Wende in der DDR abgeschlossen hatten bzw. deren Kinder heute selbständig sind. Diese Gruppe von Frauen zeichnete sich schon vor der Wende durch Konsequenz und Zielstrebigkeit in der Verfolgung ihrer beruflichen Entwicklung aus. Viele der Frauen haben ihre formale berufliche Qualifikation – zumeist einen Hochschulabschluß – parallel zur Familienphase und zur Berufstätigkeit in einem Fernstudium erworben. Sie mußten also bereits unter DDR-Bedingungen Zeiteffizienz beherr-

schen und ‚Wandelmanagement‘ praktizieren und sind daher in der Koordinierung vielfältiger Anforderungsstrukturen trainiert. Mit genau diesen Kompetenzen – erworben unter dem Druck der Verhältnisse, der offenbar bei diesen Frauen ein enormes Leistungspotential freisetzte – können sie heute eine in hohem Maße wettbewerbs- und damit anschlussfähige Qualifikation vorweisen. Die betreffenden Frauen sind mittlerweile, nach erfolgreichen Nach- bzw. Weiterqualifizierungen, in Führungspositionen fusionierter Ost-West-Unternehmen in Ostdeutschland gut verankert²⁹. In diesen Positionen profitieren sie von in DDR-Institutionen erworbenen Wissens- und Erfahrungsbeständen und der Tatsache, daß sie mit den übernommenen Beschäftigten eine ‚gemeinsame Sprache‘ verbindet, die sie oft auch zum Puffer und Mittler zwischen West-Managern und Ost-Beschäftigten (und -Kunden) macht.

Eine Analyse³⁰ der Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP) bestätigt diese Tendenz, vor allem die enormen sozialen Differenzierungen. Mehr noch, in dieser Analyse zeigt sich deutlich, daß die konkrete Familiensituation, in der sich ostdeutsche Frauen gerade befinden, wenig Erklärungskraft für ihre Erwerbssituation hat. Nicht die Frage, ob Klein- oder Schulkinder zu betreuen sind, sondern die Qualifikation der weiblichen Beschäftigten ist das Kriterium für die stabile Erwerbsintegration von Frauen. Analysiert man beispielsweise die Erwerbskonstellation von Partnerschaftshaushalten in Ostdeutschland, so zeigt sich, daß die Integration von Männern in den Arbeitsmarkt relativ unabhängig von ihrer beruflichen Ausbildung ist, die von Frauen aber stark von ihrer Qualifikation abhängt. Von 1990 bis 1995 läßt sich eine qualifikationsspezifische Verdrängung von Frauen aus dem ostdeutschen Arbeitsmarkt konstatieren, mit dem Effekt, daß un- und angelernte Frauen und Frauen mit einem Facharbeiterabschluß die schlechtesten Karten im Kampf um die Verteilung von Erwerbs-

29 Vgl. M. Hüning/H. M. Nickel (Anm. 14).

30 Sabine Schenk hat im Rahmen einer Sonderauswertung des Sozioökonomischen Panels für die neuen Bundesländer, die im Auftrag der Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung entstanden ist, diese Tendenz bestätigt. Die folgende knappe Zusammenfassung basiert auf der gemeinsamen Ausarbeitung Hildegard Maria Nickel/Sabine Schenk, Familienstruktur, Geschlechterverhältnis und Flexibilisierung der Beschäftigung in den neuen Bundesländern, Teilausarbeitung für die AG 3 der Zukunftskommission, 1997 (Manuskript), und ist vor allem der Analyse von Sabine Schenk zu verdanken. Zu den zunehmenden sozialen Differenzierungen unter Frauen s. auch: dies., Prozesse geschlechtsspezifischer Differenzierung im Erwerbssystem, in: Hildegard Maria Nickel/Jürgen Kühl/Sabine Schenk, Erwerbsarbeit und Beschäftigung im Umbruch, Berlin 1994.

arbeit haben, hochqualifizierte Frauen in Angestelltenpositionen hingegen überwiegend in Haushalten leben, in denen auch 1995 beide Partner voll- oder hauptberuflich sind.

Im ostdeutschen Transformationsprozeß werden Chancen und Risiken also gerade nicht über die Binnenstruktur der Partnerschaftshaushalte ausgeglichen und harmonisiert, sondern es kommt ein doppelter Mechanismus in Gang, der soziale Differenzierungen verschärft: Vermittelt über Erwerbschancen unterschiedlich qualifizierter Frauengruppen polarisieren sich Lebenschancen von Haushalten und Familien in den neuen Bundesländern, nicht in erster Linie über das Einkommen eines „männlichen Ernährers“.

III. Fazit: „Selbstregulative“ Tendenzen des bundesrepublikanischen Geschlechtermodells und institutionelle Gegensteuerung

Die feministische Forschung der vergangenen 20 Jahre hat deutlich machen können, daß die Dualismen im Geschlechterverhältnis und von Männlichkeit und Weiblichkeit eine enorme Flexibilität und Beharrung aufweisen. Dies führt immer wieder zu der Frage, ob der gesellschaftliche Transformationsprozeß am Ende dieses Jahrtausends lediglich zu einer neuerlichen „Modernisierung“ der alten Bipolarität beiträgt, bei der die Asymmetrien und Hierarchien in den Beziehungen der Geschlechter auf höherer Stufe fortgeschrieben werden, oder ob fundamentalere Veränderungen anstehen. Dafür könnte sprechen, daß von einem grundsätzlichen Strukturwandel der gesamten Wirtschafts-, Arbeits- und Lebenswelt auszugehen ist, einem Strukturwandel, wie er vergleichbar beim Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft schon einmal stattgefunden hat. Und erst dieser Prozeß hatte ja, wie wir aus feministischer Forschung wissen, das „Symbolsystem der Zweigeschlechtlichkeit“ durch die strukturelle Trennung von Privatheit und Öffentlichkeit so tief in die „Herzkammern der Moderne“³¹ eingeschrieben. Kommt es also möglicherweise doch zu fundamentalen Erosionen im Geschlechterverhältnis, die es in seiner Polarität und Hierarchie grundsätzlich erschüttern, ja auflösen? *Einerseits* zeigen die empirischen Ergebnisse – vor allem

auch aus der Transformationsforschung –, daß die alten Dualitäten ihre Gültigkeit allmählich verlieren, und zwar durch „Überlappungen und Grenzüberschreitungen, die nicht mehr nur individuell sind“³² und die nicht mehr nur in der Angleichung weiblicher Biographien an männliche, sondern umgekehrt auch in einer strukturbedingten Feminisierung männlicher (Erwerbs-) Biographien zu finden sind. Diese Tendenzen sind in ihrer Widersprüchlichkeit außerordentlich irritierend und zeigen, daß neben dem tiefsitzenden Symbolsystem der Zweigeschlechtlichkeit auch das zivilgesellschaftliche „Deutungsmuster der Gleichheit“ (Helga Bilden) greift und Geltung beansprucht. Beide Deutungsmuster – Differenz und Gleichheit – scheinen gegenwärtig in allen gesellschaftlichen Bereichen zu kollidieren und sich – in einem sehr ambivalenten Verweis aufeinander – neu zu formieren.

Die Wandlungsprozesse in den Erwerbsstrukturen der neuen und alten Länder der Bundesrepublik sind noch längst nicht abgeschlossen, im Gegenteil, sie dynamisieren sich in einem atemberaubenden Tempo. Dabei zeigt sich empirisch *andererseits*, daß strukturelle Asymmetrien in der Geschlechterordnung eine „selbstregulative“ Tendenz haben: Sie stellen sich trotz individueller „Widerständigkeiten“, entgegengesetzter subjektiver Interessen und partnerschaftlicher Orientierungen von Frauen und Männern her. Diesem strukturellen Zwang der Verhältnisse ist nur durch politisch-institutionelles Gegensteuern wirksam zu begegnen, vor allem in arbeitsmarktpolitischer Hinsicht. Schließt der Arbeitsmarkt hingegen Frauen zunehmend wieder aus statt ein, muß der Staat in wachsendem Maße Transferleistungen übernehmen, denn die über männliche Erwerbsarbeit zu erzielenden Haushaltseinkommen sind, wie sich zeigt, weder ausreichend existenzsichernd für Familien, noch sind sie stabil und verlässlich. Politischer Handlungsbedarf ist demnach nicht nur unter Gesichtspunkten von Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und der Durchsetzung des zivilgesellschaftlichen Musters der Gleichheit gegeben, sondern zunehmend auch aus Gründen der Finanzierbarkeit des Sozialstaates.

Fragen der Umverteilung von Arbeit, der Verteilungsgerechtigkeit im Geschlechterverhältnis und der Geschlechtersolidarität stehen allerdings mindestens schon seit 20 Jahren in der Bundesrepublik auf der politischen Tagesordnung. Parteien und

31 Claudia Honegger, *Die Ordnung der Geschlechter*, Frankfurt am Main 1991.

32 Helga Bilden, *Geschlechtersozialisation*, in: Klaus Hurrelmann/Dieter Ulrich, *Handbuch zur Sozialisationsforschung*, Opladen 1991, S. 299.

Gewerkschaften haben diese Fragen in wirtschaftlich prosperierenderen Zeiten, zögerlich zwar und mit unterschiedlichem Gewicht, beispielsweise unter dem Stichwort „familienfreundliche Arbeitszeit“ aufgenommen. Aber in der Arbeitszeitpolitik hat sich der Wind gedreht, und vorbei sind die Zeiten, als die Gewerkschaften mit optimistischem Elan und breitem Rückhalt in der Gesellschaft für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche kämpften und sogar streikten³³. Mehr noch, „Globalisierung“ ist für Ulrich Beck „ein anderes Wort für Klassenkampf von oben“³⁴; andere sprechen von einer „Gegenoffensive der Arbeitgeber“³⁵, die die Neujustierung der tariflichen Arbeitszeitstandards betrifft. Angesichts dieser Entwicklungen ist es nicht leicht, die zeitgemäßen Gestaltungsfelder für Geschlechterpolitik zu definieren, und es versteht sich keinesfalls von selbst, daß unter diesen Bedingungen Frauenerwerbsarbeit eines der zentralen Gestaltungsfelder ist.

Die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland muß sich – wenn sie ihre Krise nicht auf Kosten von sozialem Konsens und sozialer Integration bewältigen will – auf einen neuen Gesellschaftsvertrag einer rationalen Verteilung des durch die Produktivitätssteigerung enorm gewachsenen Nettoprodukts verständigen. Das ist keine leicht zu lösende Aufgabe der Politik: Die mit einer solchen Orientierung notwendig verbundenen Einkommens- und Investitionsumverteilungen verlangen soziale Aushandlungen, neue Formen zivilgesellschaftlicher Kompromißsuche und einen demokratischen „Brückendiskurs“ zwischen den Geschlechtern. Eine Rückkehr zu dem bekannten Muster der an das (männliche) Normalarbeitsverhältnis gebundenen Vollbeschäftigung der Nachkriegskonstellation wird es nicht mehr geben. Dennoch bleibt Vollbeschäftigung die zentrale strategische Aufgabe der Zukunft: Jedes Mitglied der Gesellschaft muß über ein selbsterwirtschaftetes und seine eigene Existenz sicherndes Einkommen verfügen können, ein Einkommen, das sich auf eine nützliche und öffentlich anerkannte Arbeit stützt. Die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit ist die Schlüsselfrage für die Zukunft des Geschlechter- und Generationenverhältnisses in der Bundesrepublik, und zwar in Ost und West.

Der langfristige wirtschaftliche Strukturwandel und der damit verbundene Trend zur Verringerung

der Arbeitsplätze im industriellen zugunsten derjenigen im tertiären Sektor ist nicht umkehrbar. Relativ offen ist jedoch die Frage nach den sozialen Kosten bzw. den frauenpolitischen Beschäftigungseffekten dieses Wandels. Weitere Fehlentwicklungen sind unvermeidbar, bleibt der Strukturwandel weitgehend der marktradikalen Regulierung ausgesetzt. Demgegenüber könnte *ein wirtschafts- und beschäftigungspolitisch geleiteter Ausbau des Dienstleistungssektors*, vor allem des sozialen und kulturellen – bspw. im Freizeitbereich (Jugend- und Kultureinrichtungen), von sozialpädagogischen und -psychologischen Berufen (praktische Lebenshilfe) und im Bildungsbereich (Volkshochschulen, Bildungsakademien etc.) –, ein Weg neben anderen (wie etwa der Arbeitszeitverkürzung) sein, um zu einem neuen, stabilen ökonomischen Fundament zu kommen. Es sollte den Individuen einesteils eine eigenverantwortliche und nicht einfach nur alimentierte Lebensführung ermöglichen und andernteils zugleich erlauben, die Systeme der sozialen Sicherung unter den Bedingungen einer insgesamt hohen Produktivität umzubauen. Das heißt aber auch, daß eine „Neudefinition von Privat und Öffentlich und damit zugleich eine Neuverteilung von notwendigen Gemeinschaftsaufgaben zwischen den Geschlechtern in der Bundesrepublik“³⁶ dringend erforderlich ist. Es kommt nicht nur darauf an, Betreuungs- und Erziehungsleistungen als öffentliche Leistungen anzuerkennen und zu unterstützen und angesichts der von Grund auf „gewandelten Lebensmuster von Frauen dafür Sorge zu tragen, daß der Wegfall des Teiles der weiblichen Lebenszeit, der heute nicht mehr den ‚Familienpflichten‘ gewidmet sein kann, durch einen entsprechenden Zuwachs an väterlicher Fürsorge und Zeit ausgeglichen wird“³⁷. Vielmehr muß es – wie die Ergebnisse aus den neuen Bundesländern zeigen – verstärkt um die offensive Gestaltung sozialer Gerechtigkeit durch eine die Frauen integrierende Arbeitsmarktpolitik gehen. Wenn es nachweislich gerade nicht familienbedingte, sondern vornehmlich arbeitsmarktinduzierte Effekte sind, die Frauen aus dem Erwerbsprozeß dauerhaft hinauskatapultieren, dann muß an dieser Stelle politisch angesetzt werden, und zwar gerade nicht mit familienpolitischen Angeboten, die den Abdrängungsprozeß weiter forcieren, sondern durch Rahmenbedingungen, die Familie und Erwerbsarbeit für Frauen und Männer lebbar machen.

33 Vgl. Reinhard Bispinck, Zeitfragen-Streitfragen, in: WSI-Mitteilungen, 49 (1996) 7.

34 Ulrich Beck, Die Subpolitik der Globalisierung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, (1996) 11–12.

35 R. Bispinck (Anm. 33).

36 Barbara Schaeffer-Hegel/Andrea Leist, Sozialer Wandel und Geschlecht: Für eine Neubestimmung des Privaten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 42/96, S. 38.

37 Ebd.

Mittelständische Kleinbetriebe in Ostdeutschland: Hoffnungsträger oder Lückenbüßer des Transformationsprozesses?

I. Einleitung: Hohe Erwartungen an einen „Neuaufbau von unten“

Die DDR-Wirtschaft war jenseits des Vorrangs der politischen Steuerung weitestgehend zu großen staatlichen Kombinat- oder Genossenschaftsunternehmen zusammengefaßt. Außerhalb dieser zentralistischen Strukturen gab es nur wenige Privatunternehmen, die zudem durch gesetzliche Bestimmungen in ihren Entwicklungsmöglichkeiten stark eingeengt waren. Bereits mit den ersten Wirtschaftsreformen, das heißt noch vor der Währungsunion am 1. Juli 1990, sind diese Behinderungen aufgehoben worden, und in der Folge wurden massive Unterstützungsprogramme zur Förderung des Existenzgründungsgeschehens aufgelegt, während parallel dazu durch die Treuhandanstalt eine mehr oder minder explizite Entflechtungspolitik erfolgte. Mit anderen Worten: Die Ablösung der sozialistischen Wirtschaftsordnung ist im Grund weniger als Transformation, also als Umbau, denn als grundlegender Neuaufbau angelegt worden, wobei dem kleinbetrieblichen Mittelstand vielfach die Rolle des zentralen Hoffnungsträgers zugeschrieben wurde und verbreitet immer noch zugeschrieben wird.

Diese Sichtweise ist nicht unumstritten: Ohne den Erhalt großbetrieblich gestützter „industrieller Kerne“, so das Gegenargument, haben Kleinbetriebe keine hinreichende Chance, sich in die Wertschöpfungsketten moderner industrieller Produktion einzugliedern; sie sind unter solchen Bedingungen als produzierende oder dienstleistende Kleinunternehmen in ihren Entwicklungsmöglichkeiten beschnitten. Abgedrängt an die Peripherie des Produktionsgeschehens und einge-

Der Beitrag faßt die Ergebnisse eines Gemeinschaftsprojekts von Martin Brussig, Karin Lohr, Arndt Sorge und Klaus Semlinger zusammen; eine ausführliche und weitergehende Darstellung findet sich in Martin Brussig u. a. (Hrsg.), Kleinbetriebe in den neuen Bundesländern – Bestandsbedingungen und Entwicklungspotentiale, Opladen 1997.

bunden in die Wertschöpfungsketten allenfalls als leicht zu steuerndes Kapazitäts- und Flexibilitätsreservoir, fungieren sie dann eher als Lückenbüßer der Entwicklung, denen die regionalen Nischen und die wenig rentierlichen Reste einer ansonsten von westdeutschen und internationalen Konzernen übernommenen Betriebslandschaft überlassen bleiben.

Hoffnungsträger oder Lückenbüßer – ein abschließendes Urteil wird angesichts der Heterogenität des Feldes kaum jemals möglich sein. Dennoch soll im folgenden versucht werden, eine differenzierende Zwischenbilanz zu ziehen. Dazu werden die Ergebnisse einer Studie präsentiert, deren Autoren im Auftrag der KSPW (Kommission zur Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern) den Bestandsbedingungen und Entwicklungspotentialen ostdeutscher Kleinbetriebe nachgingen.

II. Von der Planwirtschaft zur „Mittelstandsökonomie“

Es gab sie durchaus, die kleingewerbliche und mittelständische Privatwirtschaft in der DDR. Auch wenn sie lange Zeit durch staatliche Reglementierung gezielt zurückgedrängt worden war, so erfolgte doch Mitte der siebziger Jahre eine grundlegende Kehrtwende in der Politik, als man finanzielle Starthilfen und Steuererleichterungen einführte, um dem rückläufigen Bestand an Handwerksbetrieben entgegenzuwirken. Insgesamt dürfte es zum Ende der DDR etwa 140 000 Privatbetriebe gegeben haben. Amtlich ausgewiesen wurde eine Zahl von 185 000 Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen; darüber hinaus beschäftigte die Privatwirtschaft weitere 275 000 abhängig Erwerbstätige, so daß sie insgesamt auf einen Beschäftigungsanteil von fünf Prozent kam.

Schwerpunkt der Privatwirtschaft zu DDR-Zeiten war das produzierende Handwerk. Das Handwerk

Tabelle: Gründungsgeschehen in Deutschland 1991–1995

	<i>Gewerbeanmeldungen</i> neue Bundesländer ¹	<i>Gründungen² (faktische Betriebsaufnahmen) in 1 000</i>		
		neue Bundesländer ¹	alte Bundesländer	Deutschland insgesamt
1990	281 096	110	372	482
1991	292 997	140	391	531
1992	214 316	96	398	494
1993	190 032	79	407	486
1994	170 782	74	419	493
1995	170 204	73	525	578

	<i>Gewerbeabmeldungen</i> neue Bundesländer ¹	<i>Liquidationen² (faktische Betriebseinstellungen) in 1 000</i>		
		neue Bundesländer	alte Bundesländer	Deutschland insgesamt
1990	26 694			
1991	99 767	11	297	308
1992	120 768	24	288	312
1993	119 557	41	298	339
1994	119 300	44	328	372
1995	131 187	49	407	456

	<i>Saldo</i> neue Bundesländer ¹	<i>Gründungsüberschuß² (Saldo/Gründungen × 100)</i>		
		neue Bundesländer ¹	alte Bundesländer	Deutschland insgesamt
1990	254 402			
1991	193 230	92	24	42
1992	93 548	75	28	37
1993	70 475	48	27	30
1994	51 482	41	22	25
1995	39 017	33	22	24

1 einschließlich Ostberlin

2 Schätzung des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn

Quellen: Sachverständigenratsgutachten 1996, Statistisches Bundesamt.

insgesamt, das gleichsam als das Reservat privaten Unternehmertums gelten konnte, war sogar mehrheitlich in Privatunternehmen organisiert, wobei allerdings auch hier die genossenschaftlichen Betriebe für 38 Prozent der Beschäftigung und für 40 Prozent der wirtschaftlichen Leistung standen. Insgesamt zählte man 1989 rund 83 000 private Handwerksbetriebe, deren durchschnittliche Betriebsgröße bei lediglich 3,2 Beschäftigten lag (Vergleichswert für das westdeutsche Handwerk 1988: 8,3).

Privates Handwerk zu DDR-Zeiten kann zudem nicht mit marktwirtschaftlichem Unternehmertum gleichgesetzt werden. Einerseits waren die Betriebe durch staatliche Auflagen reglementiert und in das System der staatlichen Planung und Versorgung eingebunden, was ihnen ihre ökonomische Existenz garantierte. Auf der anderen Seite befanden sie sich aufgrund der vielfältigen Versorgungsengpässe insbesondere im Bereich der konsumnahen Dienstleistungen in einer Situation, die sie

vom Wettbewerb um Kundenaufträge weitgehend freistellte, zumal mit einer Handwerksdichte von zuletzt nur rund 5 Betrieben und 26 Handwerksbeschäftigten je 1 000 Einwohner auch die angebotsseitige Konkurrenz vergleichsweise schwach besetzt war (Vergleichswerte für Westdeutschland 1988: 7,4 bzw. 62). Gerade im Handwerk und im Bereich der sonstigen haushaltsnahen Dienstleistungen bestanden 1989 also besonders günstige Entwicklungschancen für private Kleinbetriebe.

Der Gründungsboom setzte denn auch insbesondere in diesen Bereichen schon mit den ersten Liberalisierungsschritten unmittelbar nach der Wende im Herbst 1989 ein, um dann bereits im Sommer 1990 seinen Höhepunkt zu erreichen. Seitdem ging die Zahl der Gewerbeanmeldungen deutlich zurück, während die Zahl der Liquidationen rapide anwuchs, so daß sich die Überschußquote kontinuierlich dem westdeutschen Vergleichswert annäherte (vgl. die Tabelle 1). Dennoch ist unstrittig, daß der rapide Wandel der ostdeutschen Unterneh-

Tabelle 2: Erwerbstätigkeit und Selbständigkeit in Deutschland 1955–1996

	DDR ¹ /Neue Bundesländer ²					Alte Bundesländer ²					
	Erwerbs- tätige insgesamt	Privatwirtschaftlicher Bereich				Erwerbs- tätige insgesamt	Selbständige				
Beschäf- tigte		ohne mF ³	Selbständige SQ I ⁴	incl. mF ³	SQ II ⁵		ohne mF ³	SQ I ⁴	incl. mF ³	SQ II ⁵	
1955	7 723	3 089		1 579	20,4						
1960	7 686	1 430		424	5,5	26 501	3 308	12,5	5 907	22,3	
1965	7 676			340	4,4						
1970	7 769	1 144		278	3,6	26 452	2 766	10,5	4 556	17,2	
1975	7 948			197	2,5						
1980	8 225	444		180	2,2	26 874	2 316	8,6	3 240	12,1	
1985	8 539	448		177	2,1	26 626	2 424	9,1	3 136	11,8	
1989	8 547	459		185	2,2	27 742	2 463	8,9	3 024	10,9	
1990						29 334	2 580	8,8	3 158	10,8	
1991	7 761		348	4,5	354	4,6	29 684	2 689	9,1	3 205	10,8
1992	6 846		392	5,7	403	5,9	30 094	2 699	9,0	3 217	10,7
1993	6 598		429	6,5	439	6,7	29 782	2 746	9,2	3 219	10,8
1994	6 679		465	7,0	478	7,2	29 397	2 823	9,6	3 297	11,2
1995	6 804		486	7,1	506	7,4	29 244	2 850	9,7	3 312	11,3

1 Statistisches Jahrbuch der DDR

2 Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland/Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

3 mithelfende Familienangehörige

4 Selbständige/Erwerbstätige × 100

5 Selbständige incl. mithelfende Familienangehörige/Erwerbstätige × 100

menslandschaft maßgeblich durch das Gründungsgeschehen bestimmt war. Hierbei wiederum stehen – rein quantitativ betrachtet – die originären Neugründungen im Vordergrund, deren Anteil am Bestand mittelständischer Unternehmen Ende 1994 (rund 475 000) bei gut 70 Prozent gelegen haben dürfte, während der Anteil privatisierter Betriebe und Betriebsteile (inklusive Ausgründungen) auf rund 20 Prozent und die Quote fortgeführter Privatbetriebe, die bis dahin überlebt hatten, auf weniger als 10 Prozent geschätzt werden kann. Bis 1995 war die Selbständigenquote in den neuen Bundesländern schon wieder auf gut 7 Prozent angestiegen (Westdeutschland: fast 10 Prozent; vgl. Tabelle 2). Der Beschäftigungsanteil des kleinbetrieblichen Sektors (bezogen auf die sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer) betrug zur gleichen Zeit knapp 57 Prozent, und das private Dienstleistungsgewerbe bot mit rund 2,5 Millionen Beschäftigten fast 25 Prozent mehr Arbeitsplätze an als das produzierende Gewerbe insgesamt¹.

Vordergründig hat sich die ostdeutsche Wirtschaft somit schneller zu einer Mittelstands- und Dienstleistungsökonomie entwickelt, als dies erwartet werden konnte. Kritisch betrachtet, steht dahinter

jedoch vornehmlich ein Prozeß der fortschreitenden De-Industrialisierung, in dessen bisherigem Verlauf es nicht gelungen ist, den Rückgang industrieller Beschäftigung in den Großunternehmen durch das Gründungsgeschehen und die Schaffung von Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich zu kompensieren. Festzuhalten ist aber, daß – zumindest bis 1995 – vor allem das Handwerk floriertere und zusätzliche Arbeitsplätze schuf. Mit rund 109 000 Betrieben und gut 1,2 Millionen Beschäftigten (Handwerkszählung 1995) ist dieser Bereich denn auch zu einem der bedeutendsten Beschäftigungssektoren in Ostdeutschland geworden.

Acht Jahre nach der politischen und ökonomischen Wende kann in Ostdeutschland von einem sich selbst tragenden wirtschaftlichen Aufschwung noch immer keine Rede sein. Mittlerweile mehren sich zudem die Anzeichen dafür, daß auch der neue Mittelstand in weiten Bereichen noch keineswegs als konsolidiert angesehen werden kann und auch heute noch vielfach von der Aufrechterhaltung einer durch öffentliche Transfers und Steuerbegünstigungen gestützten Nachfrage abhängig ist. Dies gilt nicht zuletzt für weite Teile des Handwerks, zumal die Handwerksdichte mittlerweile sogar geringfügig über der in den alten Bundesländern liegt². Insgesamt wird damit deutlich, daß es

1 Berechnet nach den Zahlen, die freundlicherweise von Udo Brixy (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit zur Verfügung gestellt worden sind.

2 Laut Handwerkszählung 1995 lag der Betriebsbesatz in den alten Bundesländern bei 6,9, in den neuen Bundes-

sich bei der gängigen Rede vom ostdeutschen Mittelstand als wirtschafts- und beschäftigungspolitischem Hoffnungsträger um eine viel zu euphorische Verallgemeinerung handelt. Nachfolgend soll ein differenzierteres Bild gezeichnet werden.

III. Der Mittelstand als Vorreiter, Troß und Nachhut der ökonomischen Transformation

Im weiteren soll die Basis statistischer Aggregataussagen verlassen werden. Statt dessen geht es darum, aus der Vielfalt einzelbetrieblicher Problemlagen und Entwicklungspfade vor dem Hintergrund unterschiedlicher Entstehungsgeschichten, Handlungsbedingungen und Handlungsorientierungen eine Reihe von Grundmustern herauszufiltern, die eine bessere Einschätzung der betrieblichen Entwicklungspotentiale erlauben. Grundlage der Ausführungen ist eine empirische Erhebung, die in Form von halbstandardisierten Interviews in 124 ostdeutschen Kleinbetrieben im Frühjahr 1995 sowie 12 vertiefender Fallstudien im Frühjahr 1996 durchgeführt worden ist. Die Untersuchung konzentrierte sich auf selbständige Kleinunternehmen aus dem produzierenden Gewerbe und dem Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen mit 5 bis 99 Beschäftigten. Durch die Branchenauswahl sollten vor allem solche Betriebe erfaßt werden, deren Absatzhorizont potentiell über den kleinregionalen Markt hinausreicht, so daß sie tendenziell als Impulsegeber für die (regionale) Wirtschaftsentwicklung dienen könnten; zum anderen sollte durch die vorgegebene Mindestgröße der Belegschaft eine gewisse Betriebsförmigkeit sichergestellt werden. Weite Teile des Gründungsgeschehens, das einen Schwerpunkt in kleinstbetrieblichen Gründungen im Bereich der haushaltsorientierten Dienstleistungen hatte, sind damit absichtsvoll von der Untersuchung ausgenommen worden. Um schließlich unterschiedliche regionale Rahmenbedingungen zu berücksichtigen, wurden Betriebe im Ostteil Berlins, in der ländlich geprägten Region Eberswalde und im altindustriellen Verdichtungsraum Chemnitz/Zwickau/Annaberg befragt.

ländern bei 7,0 Handwerksbetrieben/1 000 Einwohner, wobei die durchschnittliche Betriebsgröße der Handwerksbetriebe in den neuen Bundesländern mit 11,3 Beschäftigten je Betrieb den westdeutschen Vergleichswert (10,7) sogar geringfügig übertraf.

1. Arbeit und Beschäftigung

Von einem einheitlichen Muster betrieblicher Lohn- und Leistungs politik kann (auch) in ostdeutschen Kleinbetrieben nicht die Rede sein. Allerdings lassen sich gewisse Grundformen identifizieren, wenn man die Betriebe nach der Modernität der Arbeitsanforderungen einerseits und nach den personalpolitischen Flexibilitätserfordernissen andererseits unterscheidet. Die entsprechende Analyse führt dabei zu zwei Hauptgruppen von Betrieben, die sich in jeweils zwei Untergruppen aufgliedern: Zur ersten Hauptgruppe zählen solche Betriebe, die vornehmlich auf eher intrinsische Motivationen setzen, das heißt auf die Eigenmotivation der Mitarbeiter und auf Motivationsmechanismen des sozialen Zusammenhalts, wobei die eine Teilgruppe (a) mehr vom Bild der „Notgemeinschaft“ geprägt wird und ein „kohäsiv“ zu nennendes, also den betrieblichen Zusammenhalt betonendes Personaleinsatzmuster aufweist, während die andere Teilgruppe (b) eher eine „Teamkultur“ pflegt und einem „integrativen“, mehr kooperativ angelegten, Personaleinsatzmuster folgt. Betriebe der zweiten Hauptgruppe bauen demgegenüber mehr auf extrinsische Motivationen, das heißt auf den hierarchischen Einsatz positiver oder negativer Sanktionen (zum Beispiel Prämien und Entlassungsdrohungen); hier ist zu unterscheiden zwischen Betrieben, die ihre Personalpolitik eher „kontrollorientiert“ angelegt haben (c), und solchen, die mehr auf die Wirkung positiver Anreize setzen (d).

a) In den *Betrieben mit kohäsivem Personaleinsatzmuster* (39 Prozent der Untersuchungsstichprobe) herrschen traditionelle Arbeitsanforderungen bei klar definierbaren und -definierten Aufgabenstellungen und vergleichsweise geringem Flexibilitäts- und Qualifikationsbedarf vor. Anzutreffen ist dieses Muster vornehmlich in geschrumpften privatisierten Industriebetrieben, aber auch unter kleineren Neugründungen im Baugewerbe. Die Arbeitsbedingungen sind im Durchschnitt eher unattraktiv, und die Entlohnung ist vergleichsweise schlecht. Personalpolitik im eigentlichen Sinne findet nicht statt bzw. kommt mit wenigen einfachen Maßnahmen aus. Möglich scheint dies den betreffenden Betrieben, weil es unter den gegebenen Bedingungen an Arbeitskräften der benötigten Qualifikation nicht mangelt und die Leistungssteuerung über den impliziten oder expliziten Appell an den Zusammenhalt einer Betriebsgemeinschaft funktioniert, zu der es für die meisten Beschäftigten keine Alternative gibt.

b) Bei den *Betrieben mit integrativem Personaleinsatzmuster* (19 Prozent) sind die Qualifikationsanforderungen dagegen ausgesprochen hoch, die Tätigkeiten sind in ihrem Profil anspruchsvoll und modern; Flexibilitätserfordernisse ergeben sich hier weniger aus mengenmäßigen Nachfrageschwankungen denn aus den qualitativen Anforderungen besonderer Kundenwünsche. Zu finden ist dieses Personaleinsatzmuster vor allem bei entwicklungsorientierten produktionsnahen Dienstleistungsbetrieben und Betrieben des verarbeitenden Gewerbes mit technisch anspruchsvollen Produkten; typischerweise handelt es sich zumeist um kleinere Neu- und Ausgründungen. Die Leistungssteuerung erfolgt hier über die hohe Identifikation der Beschäftigten mit ihrer jeweiligen Arbeitsaufgabe und dem Unternehmen insgesamt. Wenn man so will, herrscht in diesen Betrieben so etwas wie ein kollektiver Gründergeist; die Rekrutierung der Beschäftigten erfolgt entsprechend sorgfältig.

c) Die *Betriebe mit kontrollintensivem Personaleinsatzmuster* (23 Prozent) unterliegen demgegenüber hohen Flexibilitätsanforderungen, die stärker als anderswo eine rasche Anpassung des verfügbaren Arbeitszeitvolumens erfordern, während die Arbeitsaufgaben selbst mehrheitlich wenig anspruchsvoll sind. Ein derartiges Muster findet sich in den größeren Kleinbetrieben des verarbeitenden Gewerbes mit deutlicher hierarchischer Differenzierung und hohem Anteil gleichförmiger, sich häufig wiederholender Teilarbeiten an automatisierten Anlagen. Vergleichsweise oft handelt es sich bei den Betrieben dieses Musters um Privatisierungen; nicht wenige stehen in hartem Preiswettbewerb und unter hohem Kostendruck. Der vornehmlich quantitative Flexibilitätsbedarf wird in diesen Betrieben typischerweise über den häufigen Wechsel von Einstellungen und Entlassungen sowie durch den Einsatz befristeter Beschäftigter und von Leiharbeitern bedient; die Leistungssteuerung knüpft hieran an, indem sie mit entsprechenden Beschäftigungssanktionen droht, was wiederum möglich ist, weil über den externen Arbeitsmarkt vergleichsweise einfach Ersatz gefunden werden kann.

d) Bei den *Betrieben mit anreizorientiertem Personaleinsatzmuster* schließlich (19 Prozent) fallen sowohl hohe Flexibilitätsanforderungen als auch vergleichsweise hohe Qualitäts- und Qualifikationsansprüche auf. Eine schwerpunktmäßige Zuordnung zu einer bestimmten Branche oder einem speziellen Entstehungshintergrund ist hier nicht möglich; in der Tendenz handelt es sich auch hier eher um größere Kleinbetriebe (50 bis 100

Beschäftigte). Das in diesen Betrieben vorherrschend anzutreffende Muster der Lohn- und Leistungs politik scheint noch am ehesten bewußt auf die (übergeordnete) betriebliche Produkt- und Absatzstrategie abgestimmt und nach unterschiedlichen Beschäftigtengruppen differenziert zu sein. Finanzielle Anreize, zum Teil aber auch intrinsische Motivationen, sind dabei ebenso wichtig wie Leistungskontrollen und materielle Sanktionsmechanismen. Die betrieblichen Sozialbeziehungen weisen großbetriebliche Züge auf; kooperative Elemente, wie Information und Mitsprachemöglichkeiten für die Beschäftigten, spielen eine gewichtige Rolle, und neben einer sorgfältigen Personalauswahl wird auch auf die bedarfsgerechte Weiterbildung der Mitarbeiter geachtet.

Bei aller Unterschiedlichkeit der in ostdeutschen Kleinbetrieben anzutreffenden Lohn- und Leistungs politik scheint somit doch zumindest eines klar: Wo atypische Beschäftigungsformen vorkommen, sind sie in der Regel nicht allein auf akute wirtschaftliche Schwierigkeiten des betreffenden Betriebes zurückzuführen, denn sie sind – unabhängig von der wirtschaftlichen Situation – vornehmlich in solchen Betrieben zu finden, in denen die Art der anfallenden Tätigkeiten solche Formen der Beschäftigung nahelegen und erlauben.

2. Leistungsverflechtung und Kooperationsengagement

Mitentscheidend für die weitere Entwicklung der vielen neuen Kleinbetriebe wird es sein, wie schnell es ihnen gelingt, ein tragfähiges Netz zwischenbetrieblicher Liefer- und Leistungsverflechtungen aufzubauen. Wie sich nun zeigt, ist es einem Großteil der bestehenden Betriebe offenbar gelungen, alte Beziehungen aufrechtzuerhalten oder vergleichsweise rasch neue Kontakte aufzubauen: Gut jeder zweite befragte Betrieb machte mehr als die Hälfte seines Umsatzes mit einigen wenigen Hauptkunden, mit denen er schon (wieder) länger als zwei Jahre im Geschäft war. Damit ist allerdings noch nicht gesagt, daß diese Geschäftskontakte bereits ausreichend sind, die notwendige Auslastung und das erhoffte Wachstum zu gewährleisten. Im Gegenteil: Nicht selten gibt die hohe Bindung an nur wenige Kunden wohl eher Anlaß zu Zweifeln an der Nachhaltigkeit der Markttablierung der betreffenden Betriebe.

Hinzu kommt, daß sich die Lieferverflechtungen – wie allgemein bekannt und beklagt – weitgehend auf das Gebiet der neuen Bundesländer beschränken, wobei sich gleichzeitig eine gemeinhin weniger beachtete qualitative Asymmetrie zeigt: So

wird nicht nur von den Betrieben anteilig weniger aus der Region bzw. dem übrigen Gebiet der neuen Bundesländer bezogen, als dorthin geliefert wird; vielmehr scheint sich – wie Untersuchungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zeigen – vor allem der qualitativ anspruchsvollere Teil der betrieblichen Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen noch immer vornehmlich an auswärtige Anbieter zu richten, während ostdeutsche Betriebe in westdeutschem oder ausländischem Besitz sogar ganz allgemein vornehmlich auf entsprechende Leistungen der Muttergesellschaft oder auf deren angestammte Lieferanten zurückgreifen. Der Aufbau der ostdeutschen Wirtschaft leidet also nicht nur darunter, daß es den Betrieben in ihrer großen Mehrzahl noch immer nicht richtig gelungen ist, sich als Partner in den überregionalen Leistungsverbund einzugliedern, sondern auch darunter, daß die bislang aufgebauten und gerade für eine mittelständische Wirtschaft so wichtigen innerregionalen Leistungsverflechtungen qualitativ nur wenig Entwicklungschancen bieten.

Positiv zu bemerken ist demgegenüber, daß nahezu zwei Drittel (64 Prozent) der befragten Betriebe neben ihren normalen Geschäftsbeziehungen in unternehmensübergreifenden Kooperationsbeziehungen engagiert sind. Nach den Jahren planwirtschaftlicher Gängelung ist es keineswegs selbstverständlich, daß ostdeutsche Kleinbetriebe offenbar stärker in Kooperationsnetzwerken eingebunden sind als Kleinbetriebe in Westdeutschland. Daß sich darin eine gleichsam umweltoffenere Verhaltensorientierung vor allem ostdeutscher Betriebsinhaber widerspiegelt, deutet sich darin an, daß vor allem solche Betriebe mit anderen Unternehmen kooperieren, die sich mehrheitlich im Besitz ostdeutscher Eigentümer befinden. Andererseits spielen dabei aber offenkundig auch die persönlichen und institutionellen Anknüpfungsmöglichkeiten eine Rolle: So kooperieren insbesondere diejenigen Kleinunternehmen, die bereits zu DDR-Zeiten als Betrieb oder Betriebsteil existiert haben und die nach ihrer Privatisierung von ehemaligen Betriebsangehörigen fortgeführt werden; Betriebe in westdeutschem (Konzern-)Besitz arbeiten demgegenüber vornehmlich mit anderen Betrieben innerhalb des eigenen Unternehmensverbundes zusammen, oder sie kooperieren in den alten Netzwerken der Muttergesellschaft, kaum jedoch im engeren regionalen Umfeld. Wie bei den Lieferverflechtungen ist also auch mit Blick auf die Kooperationsnetzwerke festzuhalten, daß die Übernahme eines Betriebes durch einen westdeutschen oder ausländischen

Eigner nicht selten gleichsam zu einer regionalen Entwurzelung der betreffenden Betriebe geführt hat, so daß die mit der Betriebsübernahme erfolgte Einbindung in die angestammten Liefer- und Leistungsverflechtungen der auswärtigen Eigner in der Regel ohne große Ausstrahlung auf die übrige regionale Wirtschaft bleibt.

Nur wenige ostdeutsche Betriebe nutzen Kooperation allerdings tatsächlich auch als strategisches Instrument der Unternehmens- und Marktentwicklung. Für die große Mehrheit der Betriebe hat diese eher beiläufigen Gelegenheitscharakter oder sie wird nur sehr zögerlich auf ein enges Feld begrenzt, ohne ihre Potentiale wirklich auszuloten und auszuschöpfen. Immerhin rund ein Drittel der Kooperationsbetriebe (oder rund 20 Prozent der Stichprobe) zeigen jedoch ein durchaus ambitioniert zu nennendes Kooperationsmuster, das heißt, sie haben aktiv und gezielt nach geeigneten Kooperationspartnern gesucht, sie arbeiten mit vergleichsweise vielen Partnern zusammen, und zwar nicht nur aus dem engeren regionalen Umfeld, und relativ häufig geht es in diesen Kooperationen um die gemeinschaftliche Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen.

3. Kleinbetriebliche Handlungsfähigkeit

Gemeinhin wird Kleinbetrieben ein im Vergleich zu größeren Unternehmen begrenzterer Handlungs- und Entscheidungsspielraum zugesprochen. Überleben und Prosperität, so die verbreitete Auffassung, sichern sie sich weniger durch langfristig angelegtes strategisches Handeln als vielmehr durch die hochflexible Anpassung an die sich ändernden Markterfordernisse. Tatsächlich ist jedoch kein Betrieb gänzlich frei in der Wahl seines Weges zum wirtschaftlichen Erfolg; bei aller Flexibilität unterliegen auch Kleinbetriebe einer gewissen „Pfadabhängigkeit“ der Entwicklung, das heißt, sie sind in ihren Handlungsmöglichkeiten durch ihre Traditionen, überkommenen Ressourcenausstattungen und spezifischen Umfeldbedingungen beschränkt. Durch diese Beschränkung erfolgt nun allerdings keine eindeutige Festlegung; es verbleiben Freiräume, die dem jeweiligen betrieblichen Management durchaus strategische Weichenstellungen erlauben. Im Rahmen der hier referierten Untersuchung verdichteten sich die unterschiedlichen Gemengelagen aus betrieblicher Vorprägung, aktuellen Rahmenbedingungen und Managementhandeln zu drei typischen Handlungsmustern.

a) So zeichnet sich eine Gruppe der untersuchten Betriebe (36 Prozent) durch ein wenig innovatives,

wenngleich vergleichsweise breites Leistungsspektrum aus. Sie arbeiten nachfrageorientiert, das heißt, sie passen ihr Produktprogramm bzw. Leistungsprofil sehr variabel an veränderte Nachfragewünsche an. Betriebe dieses Typs sind gezielt in Marktbereiche hinein gegründet oder durch entsprechende Reorganisation neu positioniert worden, wo unmittelbar nach der politischen Wende ein offenkundiger Nachholbedarf sowohl auf der Nachfrage- als auch auf der Angebotsseite bestanden hat: insbesondere im Baugewerbe, im Handwerk und wohl auch in dem hier nicht näher untersuchten Bereich der haushaltsorientierten Dienstleistungen. Die meisten dieser Betriebe konnten in der Vergangenheit expandieren – Umsatz und Beschäftigung nahmen zu –, die Mehrzahl ist dabei jedoch mit bis zu 20 Beschäftigten sehr klein geblieben. Probleme ergaben sich bislang vornehmlich durch nicht vorhersehbare quantitative Auftragsschwankungen, die – in Verbindung mit der verbreiteten Eigenkapitalschwäche – mitunter auch schon zu gravierenden Existenzgefährdungen geführt haben. Heute, wo die Konkurrenz deutlich zugenommen hat, können sich viele Betriebe dieses Typs auf mehr oder minder gefestigte Marktkontakte bzw. einen gewissen Bekanntheitsgrad stützen. Aufgrund ihres wenig festgelegten Leistungsprofils und ihrer hohen Anpassungsfähigkeit an wechselnde Auftragslagen können sie als *offener Betriebstypus* bezeichnet werden, der sich vornehmlich über seine Flexibilität im Wettbewerb zu behaupten sucht.

b) Im Unterschied dazu fällt bei der zweiten Gruppe (29 Prozent) ein zwar ebenfalls wenig innovatives, dafür aber scharf profiliertes und vergleichsweise starres Leistungsprogramm auf. Diese Betriebe sind mehr oder weniger stark darauf angewiesen, daß für ihr jeweiliges Leistungsangebot eine ausreichende Nachfrage besteht: Obgleich es sich bei ihnen zumeist um größere Kleinbetriebe (mit 50 bis 100 Beschäftigten) handelt, verfügen sie kaum über ausreichende Ressourcen, um ihr Produktspektrum zu verändern und neue Märkte zu erschließen. Häufig als Privatisierungen aus größeren Betrieben hervorgegangen, litten sie in der Anfangsphase nicht selten unter ihrem „Erbe“ an veralteter Technik und eingefahrenen Organisationsstrukturen; gleichzeitig standen sie von Anfang an unter starkem Wettbewerbsdruck und vor erheblichen Marktzugangsbarrieren. Auch nach der Privatisierung hatten viele Betriebe dieses Typs daher noch enorme Rückgänge bei Umsatz und Beschäftigung zu verkraften, die zum Teil jedoch auch auf gezielte „Rückbaumaßnahmen“ zurückgingen, mit denen versucht wurde,

das jeweilige Unternehmen auf seine produktive Substanz zu reduzieren. Die dabei zunächst angestrebte „Grundsaniierung“ zielte vornehmlich auf eine Verbesserung der Produktivität durch Rationalisierung; eine Modernisierung des Leistungsprogramms fand dagegen allenfalls in begrenztem Umfang statt. Die meisten Betriebe dieses Typs litten denn auch zur Zeit der Befragung trotz drastischer Schrumpfung noch immer an Überkapazitäten und einem Personalüberhang. Wegen des Festhaltens an ihrem überkommenen Leistungsangebot, das sie weniger durch Marktbeobachtung als durch kostenorientierte Rationalisierung vergleichsweise eng profiliert haben, lassen sich diese Unternehmen als *determinierte Betriebe* bezeichnen, die ihre Chance vornehmlich im Preiswettbewerb suchen.

c) Bei der dritten Gruppe schließlich (30 Prozent) handelt es sich um Betriebe, die im Unterschied zu den „offenen“ Betrieben ebenfalls über ein spezifisches Leistungsangebot verfügen, das aber – im Unterschied zu den „determinierten“ Betrieben – stark innovativ geprägt ist. Diese Betriebe setzen nicht auf eine bestehende Nachfrage, sondern sie sind aktiv darum bemüht, für ihre Produkte und Dienstleistungen, die entweder gänzlich neu sind oder aber zumindest im jeweiligen regionalen Umfeld oder Branchenkontext eine gewisse Alleinstellung für sich reklamieren können, einen Markt zu schaffen. Betriebe dieses Typs agieren also eher angebotsorientiert. Entstanden sind sie vor allem auf dem Wege von Ausgründungen wissenschaftsbasierter Betriebsteile, oder sie gingen aus abgewickelten Wissenschaftseinrichtungen hervor, deren Mitarbeiter die Möglichkeit sahen, sich mit ihrem technisch-methodischen Wissen selbständig zu machen. Auch hier gab es also keine „Stunde Null“. Neugründungen dieser Art konnten in der Regel auf eine vorhandene innovative Produktidee und das entwickelte Know-how der Gründer aufbauen, während in den entsprechenden Ausgründungen die übernommenen Traditionen und Ressourcen vorteilhaft für die betriebliche Modernisierung und Neuausrichtung genutzt werden konnten; wo dies nicht der Fall war, ist in diesen Betrieben radikal mit ihnen gebrochen worden. Betriebe dieses Typs starteten mit kleiner Belegschaft (bis 20 Mitarbeiter) und konnten in der Folge mehrheitlich expandieren. Weil sie eher angebotsorientiert vorgehen und aktiv versuchen, dem Markt mit eigenständigem Produktprofil ihren Stempel aufzudrücken, können sie in Abgrenzung zu den beiden eher reaktiv agierenden Typen als *prägende Betriebe* klassifiziert werden.

IV. Ausblick: Hoffnung auf Pionierbetriebe

Die Restrukturierung der DDR-Wirtschaft in Hinblick auf die Unternehmensgrößenverteilung verdient angesichts ihrer Radikalität und ihres Tempos durchaus das Prädikat „revolutionär“. Gleichzeitig ist zu beobachten, daß sich die frühen Gründungen nicht nur durch eine höhere Überlebensquote, sondern auch durch eine prosperierendere Entwicklung auszeichnen. Offenbar hat hier 1990/91 so etwas wie ein „Startfenster“ kleinbetrieblicher Wirtschaftsentwicklung bestanden, das sich mittlerweile – „bis auf den üblichen Spalt“ – wieder geschlossen hat. Verwunderlich ist dies – zumindest im nachhinein – nicht: Zum einen gab es hier ein gleichsam aufgestautes Gründerpotential, zum anderen weite Bereiche unbefriedigter Nachfrage insbesondere im Handwerk und im Dienstleistungsbereich, die Kleinbetrieben ein weites Betätigungsfeld eröffneten. Inzwischen scheint jedoch der Gründungstau weitestgehend aufgelöst und ein gewisses Sättigungsniveau erreicht zu sein. In diesem Sinne kehrt Normalität ein, und es gilt, einen Rückschlag zu vermeiden – ein Anknüpfen an die quantitative Dynamik der ersten „Wendejahre“ ist demgegenüber unrealistisch.

Die überwiegende Mehrzahl der im Rahmen der hier referierten Studie befragten Kleinbetriebe konnte in der Vergangenheit ein Umsatzwachstum verzeichnen, gut die Hälfte der Betriebe erwirtschaftete zum Befragungszeitpunkt 1995 einen Überschuß, und bei ebenfalls der Hälfte war bis dahin auch die Beschäftigungsentwicklung positiv. Andererseits hatte mehr als die Hälfte der untersuchten Betriebe in diesem Zeitraum zumindest einmal eine existenzbedrohende Krisensituation durchlebt, und in der Stichprobe insgesamt war die Beschäftigungsentwicklung seit der Wende in ihrer Summe negativ. Bei kaum einem Betrieb konnte zum Zeitpunkt der Befragung von einer abgeschlossenen Konsolidierung bzw. von einer nachhaltig gesicherten Etablierung am Markt gesprochen werden. Um so schwerer fallen Aussagen über die Zukunft. Dennoch lassen sich einige „bedingte Prognosen“ aufstellen, die sich an den unterschiedlichen Kontextbedingungen der Betriebe, vor allem aber an den Unterschieden in der betrieblichen Handlungsfähigkeit und Strategieorientierung festmachen lassen. Hier läßt sich dann auch zu der Frage Stellung beziehen, ob Kleinbetriebe zu Recht die Hoffnungsträger des

Transformationsprozesses sind oder ob sie eher die Rolle des Lückenbüßers einnehmen.

Wenig überraschend ist, daß sich dabei eine pauschalisierende Antwort verbietet. Die größte Skepsis ist offenkundig in Hinblick auf die *Betriebe des determinierten Typs* angezeigt: Ohne die finanzielle Kraft für eine grundlegende Erneuerung sowie ohne eine Managementvision zur Profilierung und Markterschließung dürften viele dieser Betriebe mit ihren austauschbaren Produkten einen auf Dauer hoffnungslosen Kampf im Preiswettbewerb führen, den sie ohne grundlegenden Strategiewechsel wohl spätestens dann verloren haben werden, wenn die Wirtschaftsgrenzen gegenüber den sich zunehmend konsolidierenden Staaten Mittel- und Osteuropas fallen. Kleinbetriebe dieses Typs können zwar, wenn sie über etablierte Produkte und Kundenbeziehungen verfügen, durchaus eine rentierliche Marktnische besetzen. Bei der Mehrzahl der erfaßten Unternehmen dieses Typs fehlen jedoch diese Voraussetzungen, und ohne Zugang zu den eingespielten Lieferbeziehungen großer Abnehmer dürfte die Mehrzahl von ihnen die mindestoptimale Betriebsgröße verfehlen – ein Nachteil, den sie nur kurzzeitig durch geringe Renditen und niedrige Löhne ausgleichen können. Kleinbetriebe dieses Typs sind daher wohl mehrheitlich eher zu den Lückenbüßern des Transformationsprozesses zu zählen, die in ihrer Nische allenfalls ein Reservat auf Zeit gefunden haben.

Weitaus unbestimmter erscheinen demgegenüber die Perspektiven der *Betriebe des offenen Typs*: Diese Betriebe schwimmen mit der Nachfrage – sie bekommen Auftrieb, wenn die Nachfrage wächst; ebenso leicht werden sie jedoch auch in den Sog einer allgemein nachlassenden Nachfrage gerissen. Prekär ist diese Abhängigkeit vom Nachfragetrend vor allem in Ostdeutschland, wo viele dieser Betriebe in einen aufgestauten Nachholbedarf hinein gegründet worden sind, der sich bei weiter anhaltender wirtschaftlicher Schwäche nur solange nachfragewirksam auflöst, wie die transfergestützte Kaufkraft dafür ausreicht. Typischerweise handelt es sich bei der Mehrzahl dieser Betriebe in der Stichprobe um konsumnahe Anbieter und um Unternehmen des Baugewerbes, das seinen frühen Entwicklungsboom einer Nachfrage verdankte, die hochgradig subventioniert war oder unmittelbar auf die öffentliche Hand zurückging. Mit anderen Worten: Die weiteren Entwicklungsperspektiven dieses Betriebstyps dürften wesentlich von der Aufrechterhaltung der gestützten Nachfrage oder von den Konsolidie-

rungsfortschritten der ostdeutschen Wirtschaft abhängig sein. Zu letzterem können die Betriebe dieses Typs aber nur indirekte Beiträge leisten, etwa wenn sie als flexible Zulieferer oder Serviceanbieter in den Wertschöpfungsverbund überregional konkurrierender Produktions- oder Dienstleistungsunternehmen eingebunden werden – in dieser Option sind sie jedoch abhängig von anderen, so daß auch diese Gruppe kaum zu den eigentlichen Hoffnungsträgern zu rechnen ist.

Diese Rolle ist am ehesten den *Betrieben des prägenden Typs* zuzuschreiben, und zwar nicht nur aufgrund ihrer bisherigen Entwicklung und ihres vornehmlich auf Firmenkunden ausgerichteten Angebotsprofils, sondern auch weil sie mit ihrer Strategieorientierung und ihrer wenn auch begrenzten Ressourcenausstattung selbst aktiv auf die Schaffung eines Marktes für ihr Leistungsprogramm drängen. Doch auch die Beiträge dieser Teilgruppe zum wirtschaftlichen Neuaufbau dürfen nicht überschätzt werden: Viele von ihnen haben sich mit ihrer Produktidee festgelegt; gelingt es ihnen nicht, sich damit in überschaubarer, das heißt angesichts der geringen Eigenkapitaldecke in relativ kurzer Zeit nachhaltig auf dem Markt zu etablieren, so bleibt kaum Kraft für einen zweiten Versuch. Die noch immer schwache industrielle Basis, die seit der Entflechtung der Kombinate geringe Ausstattung der ostdeutschen Wirtschaft mit Headquarter-Funktionen und die immer noch nur schwach entwickelten regionalen Lieferverflechtungen insbesondere im Bereich höherwertiger Produkte und Dienstleistungen machen jedoch auch diesen Betrieben selbst bei nachgewiesener Leistungsfähigkeit den Marktzugang nicht leicht.

Angesichts dieser Situation wird der Entwicklungsbeitrag des kleinbetrieblichen Sektors zum wirtschaftlichen Neuaufbau in Ostdeutschland weniger von der Dynamik des weiteren Gründungsgeschehens abhängen als vielmehr von der Wachstumsstärke der schon bestehenden Jungunternehmen. Dabei wird man nicht an alle Betriebe die gleichen Erwartungen richten können; am ehesten noch sind nachhaltige Entwicklungsbeiträge, wie gesagt, von den Kleinunternehmen des prägenden Typs mit ihrem innovativen, nachfragestimulierenden Angebotsinitiativen zu erwarten. In Anbetracht der einzelbetrieblich notwendigerweise begrenzten Kompetenz- und Ressourcenausstattung von Kleinbetrieben dürften sich dabei wiederum vor allem solche Betriebe als wettbewerbsstark erweisen, die ihre Handlungs- und Entwicklungsspielräume im spezialisierten, wissensbasierten Leistungswettbewerb suchen, dabei gezielt auf unternehmensübergreifende Kooperation als strategische Entwicklungsoption zurückgreifen und einen entsprechenden Stil auch innerhalb ihres Unternehmens, das heißt in ihrer Leistungs- und Entgeltpolitik, pflegen. Die eigentlichen Hoffnungsträger unter den ostdeutschen Kleinbetrieben sind damit jene, die sich gleichzeitig durch eine (struktur)prägende Handlungsfähigkeit und Strategieorientierung, durch ein integratives Personaleinsatzmuster und durch ein ambitioniertes Kooperationsverhalten auszeichnen. In der Untersuchungstichprobe – an deren spezifisch eingegrenzte Betriebsauswahl hier nochmals zu erinnern ist – traf dies auf immerhin jeden elften Betrieb zu. Es ist dieser Typus von Kleinbetrieb, der – nicht nur in den neuen Bundesländern – zum Leitbild einer nachhaltigeren Kleinbetriebs- und Gründungsförderung gemacht werden sollte.

Dieter Fuchs/Edeltraud Roller/Bernhard Weßels: Die Akzeptanz der Demokratie des vereinigten Deutschland. Oder: Wann ist ein Unterschied ein Unterschied?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51/97, S. 3–12

In der Analyse werden drei Fragen erörtert: Gibt es bedeutsame Unterschiede in der Einstellung zur Demokratie des vereinigten Deutschland zwischen den Bürgern der alten und der neuen Länder? Worauf sind diese Unterschiede zurückzuführen? Welche Konsequenzen ergeben sich daraus? Auf der Grundlage empirischer Belege zur Beurteilung der Demokratie, des Sozialstaats und der Vermittlungsinstitutionen (Interessengruppen, politische Parteien) zeigen sich statistische und theoretisch relevante Unterschiede zwischen den Bürgern der alten und der neuen Länder. Die Befunde sprechen dafür, daß diese Unterschiede nicht nur situationsbedingt sind, sondern auch auf die sozialisationserfahrungen in der DDR und der Bundesrepublik zurückgehen. Deshalb bleibt die Frage der „inneren Einheit“ zumindest in bezug auf den Aspekt der Unterstützung der Demokratie des vereinigten Deutschland weiterhin auf der Tagesordnung.

Dieter Walz/Wolfram Brunner: Das Sein Bestimmt das Bewußtsein. Oder: Warum sich die Ostdeutschen als Bürger 2. Klasse fühlen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51/97, S. 13–19

Es ist es keine Neuigkeit, daß es Probleme mit der „inneren Einheit“ zwischen West- und Ostdeutschland gibt. Die sprichwörtliche „Mauer in den Köpfen“ wird fast täglich beklagt. Unmengen von wissenschaftlicher Literatur sind zu diesem Thema veröffentlicht worden, und es vergeht kaum eine Woche, in der nicht neue Daten zum Stand der deutschen Einheit publiziert werden. In jüngster Zeit wird zudem eine wachsende Distanz der Werte zwischen West und Ost konstatiert, die als Beleg für die in der Öffentlichkeit oft beschworene „innere Mauer“ gewertet wird. Dieser Umstand fällt mit dem Befund zusammen, daß sich die Ostdeutschen seit Ende 1995 wieder zunehmend als Bürger 2. Klasse fühlen.

Der Artikel soll einen Beitrag zur Klärung der Frage leisten, ob diese Entwicklung nun auf die *Entstehung* oder gar *Verfestigung* der vielzitierten „inneren Mauer“ – also auf mentale Differenzen zwischen Ost und West – hindeutet oder ob für diesen Befund andere Erklärungsgrößen ausschlaggebend sind. Wie sich zeigt, hat das Gefühl, „Bürger 2. Klasse“ zu sein, ganz offensichtlich mehrere Dimensionen oder Bedeutungsaspekte, die sich im Laufe der Zeit in ihrer relativen Wichtigkeit verändert haben. Zwar haben intellektuell-charakterliche Abwertungsfaktoren für das Gefühl eine Bedeutung; verglichen mit sozioökonomischen Benachteiligungsempfindungen aber spielen sie nur eine sekundäre Rolle. Es ist also nicht der Abbau der vermeintlichen „Überheblichkeit des Westens“, sondern vielmehr eine durchgreifende Änderung der Verhältnisse auf wirtschaftlicher Ebene, die einen Rückgang des Gefühls „Bürger 2. Klasse“ bewirken und den entscheidenden Beitrag zur „inneren Einheit“ Deutschlands leisten wird. Mit anderen Worten: „It's the economy, stupid!“

Hildegard Maria Nickel: Der Transformationsprozeß in Ost- und Westdeutschland und seine Folgen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51/97, S. 20–29

In dem Beitrag werden drei Thesen behandelt: *Erstens* wird behauptet, daß der Transformationsprozeß in West- und Ostdeutschland die Verteilungskämpfe um knappe Ressourcen, vor allem den Kampf der Geschlechter um Erwerbsarbeit, drastisch verschärft. Einerseits ist das männliche Normalarbeitsverhältnis und damit das für Westdeutschland traditionelle Ernährermodell erodiert, andererseits werden Frauen auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt. Davon sind zunehmend auch ostdeutsche Frauen betroffen. *Zweitens* wird argumentiert, daß die arbeitsmarktpolitische Desintegration von Frauen die Krise in der Bundesrepublik verschärft. Die Finanzierbarkeit des Sozialstaats gerät auch dadurch zunehmend unter Druck, daß es an Angeboten zur beschäftigungspolitischen Integration von Frauen fehlt. *Drittens* schließlich wird das Theorem von ostdeutschen Frauen als den „Vereinigungsverliererinnen“ diskutiert und anhand empirischer Befunde relativiert.

Klaus Semlinger: Mittelständische Kleinbetriebe in Ostdeutschland – Hoffnungsträger oder Lückenbüßer des Transformationsprozesses?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51/97, S. 30–38

Die ökonomische Transformation Ostdeutschlands begann mit der Entflechtung der Kombinate und einem beispiellosen Gründungsboom. Nachdem der Niedergang der großen, ehemals volkseigenen Betriebe nicht aufzuhalten war, ruhen große Hoffnungen auf den vielen jungen Klein- und Mittelbetrieben. Diese Hoffnungen sind überzogen, wenn man nicht genauer differenziert. Spätestens mit dem Nachlassen der Baukonjunktur ist deutlich geworden, wie stark weite Teile des neuen Mittelstandes noch von einer transfer- bzw. subventionsgestützten Nachfrage abhängig sind. Und dennoch, es gibt sie, die kleinbetrieblichen Hoffnungsträger.

In diesem Beitrag wird ein genaueres Profil dieser Gruppe gezeichnet. Basis dafür ist eine ausführliche Befragung ostdeutscher Kleinbetriebe, in der es um die Marktausrichtung, das Leistungsprofil, die Arbeitsbedingungen und Personaleinsatzmuster sowie um das zwischenbetriebliche Kooperationsverhalten ging. Insgesamt stellen diese Pionierunternehmen nur eine kleine Minderheit, aber sie sind letztlich die treibende Kraft eines mittelständisch getragenen Aufschwungs und sollten daher auch als Leitbild einer stärker gezielt ansetzenden Wirtschaftsförderung dienen.